Nr. 1 – Februar/März 2009 | 2 Euro

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

Der Gaza-Krieg

Hintergründe jenseits von Kassam-Raketen

Infos auf Seite 7

Die pazifistische Grundsatzerklärung: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

TITEL

10 Nach dem Gaza-Krieg:
Clemens Ronnefeldt über die Hintergründe jenseits von Kassam-Raketen

INTERVIEW

4 Interview mit André Shepherd, der als erster US-Deserteur in Deutschland Asyl beantragt hat

ANTIMILITARISMUS

5 In der DFG-VK gibt es seit einigen Monaten eine GI-Arbeitsgruppe – Roland Blach beschreibt die ersten Erfahrungen in der Arbeit mit US-amerikanischen Soldaten

7 Die Nato wird 60.
Die DFG-VK feiert nicht, sondern protestiert – Monty Schädel sagt, wie

ABRÜSTUNG

16 Nicht nur die Nato feiert 60. Geburtstag, sondern auch einer ihrer Ausrüster, der Waffenproduzent Heckler & Koch. Jürgen Grässlin über das Mordsunternehmen und die Proteste der Friedensbewegung

FRIEDENSPREIS

20 Zum zweiten Mal wurde der Bertha-von-Suttner-Preis verliehen

GEWISSENSFREIHEIT

22 EU-Parlamentarier Tobias Pflüger über die schwierige Lage der Kriegsdienstverweigerung in Europa

NACHRUF

24 Kriegsgräbervorsorge statt Kriegsgräberfürsorge – zum Tode von Hugo Spohler

LESE-TIPP

25 Jakob Knab über das neue Buch von Wolfram Wette „Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur."

DFG-VK-INTERN

26 Am Beispiel der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe: Wie erfolgreiche Mitgliederwerbung aussehen kann

26 Monty Schädel: Es geht aufwärts. Aber die Anforderungen und der Finanzbedarf wachsen ebenfalls.

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27298231, Telefax 27298232, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel, c/o DFG-VK, Rykestraße 13, 10405 Berlin, Telefon 0177-8871014, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage
www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer
c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee
BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155112, Telefax 0711-2155214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89623446, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, Karl-Kunger-Straße 18, 12435 Berlin, Telefon 030-61074411, Telefax 030-61074410, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-59649 61, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, Telefax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, Telefon 0177-8871014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 034299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift
ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 03212-1028255, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion
Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck
GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-600345, Telefax 0711-6403394

Vertrieb
Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834, Telefax 0711-3202833

ISSN
1614-1954

Anzeigenverwaltung
SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058285, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen
der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck
von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen
Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto
DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen
Flyer zu Nato-Protest-Aktionen (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte" des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (in einer Teilauflage)

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe war der 12. Februar. Die nächste Ausgabe erscheint im April, Redaktionsschluss ist der 31. März.

Die ZivilCourage wird auf 100-%-Altpapier gedruckt.

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage" und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil" heraus.

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Internationale Übersichten

Das *Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO)* hat Ende 2008 in Wiederaufnahme einer unterbrochenen Praxis den Jahresbericht 2007 über die Situation der Kriegsdienstverweigerer in den EU- und Kandidatenländern veröffentlicht. Der Bericht ist in englischer Sprache auf der Webseite des EBCO *www.ebco-beoc.eu* verfügbar.

Rachel Brett, die im EBCO mitarbeitet, hat die internationalen Standards zum Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung, wie sie in den letzten Jahrzehnten von den Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen akzeptiert wurden, in einer kurzen Broschüre präzise zusammengefasst. Erhältlich ist die Broschüre auf der Webseite des *Quaker United Nations Office (www.quno.org > Publications & Statements > Statements & Studies > Conscientious Objection).*

Siehe zu diesem Thema auch den Beitrag von Tobias Pflüger auf Seite 22 in diesem Heft.

BUNDESTAG

MdBs vertragen Wahrheit nicht

Der Familienausschuss des Bundestages führte am 17. Dezember eine öffentliche Experten-Anhörung zum „Dritten Zivildienständerungsgesetz“ durch. Wie üblich bei solchen Hearings benennen die Fraktionen Sachverständige und erstellen einen Fragenkatalog, zu dem die Experten vorab schriftliche Stellungsnahmen abgeben. Auf Vorschlag der Linksfraktion wurde der DFG-VK-Geschäftsführer Monty Schädel eingeladen. In seiner Antwort auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Gestaltung des Zivildienstes als eines Lerndienstes formulierte er u.a.: *„Letztlich stellt sich aber auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit einer solchen angeblichen Zielsetzung: Wenn der Dienst bei der Bundeswehr der verfassungsrechtliche Normalfall ist, dessen Inhalt die Vorbereitung die Ermoderung anderer Menschen ist, können dann die Inhalte und Ziele eines Lerndienstes solche sein, die die Inhalte und Ziele des Normalfalls Kriegsdienst in Frage stellen?“* Diese für PazifistInnen selbstverständliche Aussage führte bereits vor dem Anhörungstermin zu heftigem Streit: Obwohl Artikel 5 des Grundgesetzes die Meinungsfreiheit garantiert und festlegt „Eine Zensur findet nicht statt“, forderte der Ausschuss von Schädel die Streichung des Satzes und drohte damit, dass er andernfalls nicht an der Anhörung teilnehmen dürfe. Dieser gab dem Druck nach und formulierte den Satz so um: *„Wenn der verfassungsrechtliche Normalfall der Kriegsdienst mit der Waffe bei der Bundeswehr ist und das Erlernen des Kriegshandwerkes zum Ziel hat, ...“* Trotz dieses Zugeständnisses drohte die CDU/CSU, wie die „Bild“-Zeitung am Tag der Anhörung berichtete, damit, geschlossen den Saal zu verlassen, falls Schädel nicht ausgeschlossen werde. Gleich zu Beginn der Anhörung, an der Schädel nunmehr teilnehmen durfte, bezeichnete die CDU/CSU seine Äußerung als „unerträglich“ und forderte die Abgeordneten der Linken zu einer Distanzierung von „ihrem“ Sachverständigen auf. Anstatt dieses Ansinnen zurückzuweisen und selbst inhaltlich Stellung zu nehmen, sagte der Linke-Abgeordnete Jörn Wunderlich lediglich: „Der betreffende Satz ist nicht mehr Gegenstand der Anhörung.“ Als Schädel dann in seinem Eingangsstatement im Zusammenhang mit der Bundeswehr vom „Töten von Menschen“ sprach, pöbelten und krakeelten die Unionschristen, einige verließen den Saal. Wahrlich (k)ein Lehrstück in Sachen parlamentarischer Demokratie. Nicht bekannt gewesen sein dürfte den VolksvertreterInnen, was das Bundesamt für den Zivildienst KDVern schreibt, wenn ihm die KDV-Begründung nicht überzeugend genug ist – so heißt es beispielsweise in einem Schreiben vom 17.10.2006: *„... auf Grund Ihrer bisherigen Ausführungen gehe ich davon aus, dass Ihnen der Sinn und Zweck der Kriegsdienstverweigerung nicht hinreichend bekannt ist. (...) Wenn Sie wirklich einen Gewissenskonflikt hätten, nämlich im Kriegsfall einen Menschen zu töten, warum haben Sie denn nicht vor dem Einzug in die Kaserne verweigert, denn jeder weiß doch, dass man dort nichts anderes als das Töten von Menschen lernen muss.“*

Foto: Stefan Philipp

Schädel (2.v.r.) im Bundestag

Familienausschuss droht Eklat

EDITORIAL

Foto: Regine Leibann

Liebe Leserin,
lieber Leser,

in diesem Jahr wird noch viel gefeiert werden: Vor 60 Jahren, am 23.5.1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Im Kern war es eine Antwort auf den Krieg, die Barbarei und die millionenfachen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland. Eine besondere Antwort auf das Verbrechen des deutschen Angriffskriegs, die Massaker, den angeblichen „Befehlsnotstand“ und die Verurteilung und Hinrichtung zehntausender Wehrmachtsdeserteure war die Garantie von Gewissensfreiheit und der Schutz vor Zwangs-Kriegsdienst gegen das Gewissen der Betroffenen – formuliert in einer Zeit, als es kein deutsches Militär gab. Mitte der 1950er Jahre wurde die Remilitarisierung (West-)Deutschlands als Teil der Nato beschlossen, 1956 die Wehrpflicht wieder eingeführt. Seit der Vereinigung mit der DDR ist die Bundesrepublik zunehmend militärisch in vielen Teilen der Welt aktiv und führt – mit und ohne völkerrechtliche Grundlage – Krieg. Nach den Anschlägen des 11.9.2001 erklärte der damalige Bundeskanzler Schröder den USA die „uneingeschränkte Solidarität“ und beschloss erstmals den (bis heute geltenden) Nato-Bündnisfall mit. Militär und Kriegsbeteiligung sind Teil deutscher Staatsräson geworden. Und: „Die Entscheidung des Parlaments [über den Bundeswehreinsatz in Afghanistan im Dezember 2001] setzte einen Schlusspunkt unter das Kapitel der eingeschränkten Souveränität Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir sind damit zu einem gleichberechtigten Partner in der internationalen Staatengemeinschaft geworden“ (G. Schröder im „Spiegel“ vom 9.2.). Dass das KDV-Recht angesichts dessen ein (bei allen Liberalisierungstendenzen) lediglich eingeschränktes Recht blieb, das sich KDVer mit staatlicher Willkür und Diskriminierung erkaufen müssen, verwundert nicht. Vielleicht würden wir gerne mitfeiern, wenn die Wehrpflicht endlich abgeschafft würde und in einem zweiten Schritt die Bundeswehr. Und wenn auf den eigentlichen Souverän gehört würde – der lehnt die Beteiligung am Afghanistankrieg mehrheitlich ab (und versteht Souveränität wohl anders).

Stefan Philipp

„Der Irakkrieg ist falsch und illegal. Ich konnte dabei nicht länger mitmachen!“

Interview mit André Shepherd, der als erster US-Deserteur in Deutschland Asyl beantragt hat

André, wann bist du Soldat geworden?

Vor genau fünf Jahren: Am 27. Januar 2004 begann ich meine Grundausbildung bei der US-Army.

Warum hat Du Dich verpflichtet?

Mir ging es ziemlich schlecht, als ich von einem Rekrutierungswerber der Armee angesprochen wurde: Ich konnte mein Informatikstudium aus Geldmangel nicht fortsetzen, jobbte in einem Fast-Food-Restaurant, lebte und schlief in meinem Auto und hatte keine Perspektive. Ich wollte endlich wieder ein normales Leben führen, da passte das Angebot der Armee gut zu meinen Veränderungsplänen.

Hattest Du vorher Kontakt zum Militär oder überlegt, dorthin zu gehen?

Nein, Militär war in meinem Leben zuvor niemals ein Thema gewesen. Mein Bild davon stammte nur aus Filmen und Zeitschriften. Außerdem ist mir meine Freiheit sehr wichtig, dazu passte die Vorstellung, Dinge zu tun, die andere mir vorschreiben, nicht besonders gut. Andererseits war ich auch abenteuerlustig, wollte die Welt sehen, andere Kulturen kennenlernen und war auch nicht gegen Militär eingestellt. Es war die Zeit nach den Anschlägen des 11. September, und natürlich wollte auch ich wie die meisten Amerikaner, dass die Schuldigen bestraft und weitere Anschläge verhindert werden. Gegen Osama Bin Laden, Saddam Hussein Kim Jong Il zu kämpfen und der Welt Freiheit und Wohlstand zu bringen, das erschien mir gut und richtig, und so glaubte ich dem Rekrutierungssoldaten. Ich hatte keinen Grund, an seinen Worten und denen meiner Regierung zu zweifeln. Und schließlich gab es das Angebot, mich zunächst einmal gewissermaßen probeweise für 15 Monate zu verpflichten und nicht gleich für acht Jahre.

Das stimmte aber nicht.

Von der „Stop Loss Order“, mit der meine Verpflichtung durch die Armee einseitig verlängert werden konnte, oder davon, dass ich nach den 15 Monaten als Reservist sechseinhalb Jahr jederzeit wieder einberufen werden konnte, wusste ich nichts.

Wo wurdest du eingesetzt?

Nach der Grundausbildung kam ich zunächst nach Deutschland, dann wurden wir im September 2004 in den Irak verlegt. Ich arbeitete als Mechaniker bei der Wartung von Apache-Kampfhubschraubern.

Foto: Stefan Philipp

Wann kamen dir Zweifel?

Ich traf unter meinen Kameraden keinen einzigen, der gewusst oder verstanden hätte, warum wir im Irak waren. Wenn ich morgens zur Arbeit in den Hubschrauber-Hangars ging und die Iraker anschaute, die in unserer Basis als Hilfsarbeiter Sandwälle gegen Angriffe errichteten, dann sahen die nicht aus Menschen, die sich darüber freuten, dass wir sie befreit hatten. Ein bisschen beruhigte mich, dass unsere Einheit Hilfsgüter an arme Familien verteilte oder Bücher für Schulen besorgte. Gleichzeitig fragte ich mich aber auch: Würde diese Hilfe überhaupt benötigt, wenn wir nicht einmarschiert wären?

Wie hast den Krieg, den ihr führtet, erlebt?

Als Mechaniker habe ich von den Kämpfen nichts direkt mitbekommen.

Hattest du mit den Piloten gesprochen?

Das wollte ich. Weil sie aber der Geheimhaltungspflicht unterliegen, war es ihnen verboten, über ihre Aufgaben und das, was sie erleben, zu sprechen.

Wie lange warst du im Irak?

Ich kam nach einem halben Jahr im Februar 2005 zurück nach Deutschland. Hier hatte ich dann Zeit, mich näher mit dem Krieg und seinen Hintergründen zu beschäftigen, im Internet zu recherchieren. Dadurch wurde mir langsam klar, wie verlogen und falsch das war, was wir taten; dass der Irakkrieg bereits vor den Terroranschlägen des 11. September geplant worden war, dass der Irak nichts mit Osama bin Ladens Netzwerk zu tun gehabt hatte, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besaß, mit denen er die USA hätte angreifen können. Ich erfuhr auch, was die Apache-Kampfhubschrauber anrichteten, die ich tagsüber repariert hatte.

Wie ging es dir mit diesen Erkenntnissen?

Für mich brach nach und nach eine Welt zusammen. Ich hatte immer an die Ehre, Integrität und Gerechtigkeit des US-Militärs geglaubt. Nun erkannte ich, dass dieser Krieg in keiner Weise gerecht war. Ich hatte mich an diesem Unrecht beteiligt, indirekt Menschen verletzt und getötet, und fühlte mich schuldig.

Ist für dich nur dieser Krieg ungerecht?

Schwierige Frage! Grundsätzlich bin ich davon überzeugt, dass Krieg immer und in jedem Fall nur das allerletzte Mittel sein darf und der Selbstverteidigung im Falle eines Angriffs dienen muss. Unser Krieg gegen den Irak war auf Lügen aufgebaut. Die USA sind vom Irak nicht angegriffen worden, sondern wir haben ihn ohne Rechtfertigung angegriffen.

Warum hast du damals, als dir das klar wurde, nicht versucht, die Armee zu verlassen?

Ich hatte darüber nachgedacht, und es hätte einmal vielleicht dazu auch die Gelegenheit gegeben. Mir ging es immer schlechter, ich wurde depressiv, trank viel Alkohol, kam zu spät zum Dienst, stritt mit meinen Vorgesetzten. Mitte 2005 erhielt ich eine Disziplinarstrafe und mir wurde die Dienstentlassung angedroht. Ich war hin- und hergerissen, wollte aber meine Familie nicht enttäuschen, die so stolz auf mich gewesen war. Sollte ich ihnen nun erklären, dass ich unehrenhaft aus der Armee entlassen worden war? Ich entschied mich, zu bleiben und durchzuhalten. Ich hoffte insgeheim, nicht wieder in den Irak zu müssen, sondern das reguläre Ende meiner Dienstzeit hier in Deutschland zu erleben.

Du hättest aber wieder in den Irak gehen sollen.

Ja, im Januar 2007 kam meine Einheit auf die Verlegungsliste, und am 1. April erfuhr ich, dass ich ab Sommer wieder dort sein würde. Ein zweites Mal wollte ich nach dem, was ich nun alles wusste und wie sich meine innere Einstellung gewandelt hatte, unter gar keinen Umständen zurück, um dort bei einem illegalen Krieg mitzumachen.

Warum hast Du keinen KDV-Antrag gestellt?

Das habe ich mir lange überlegt, konnte und wollte das dann aber nicht. In der US-Armee ist die Kriegsdienstverweigerung sehr schwierig und das Verfahren langwierig. Außerdem ist die Voraussetzung für eine positive Entscheidung, dass ich grundsätzlich gegen jeden Krieg sein müsste, nicht nur gegen den Irakkrieg. Das bin ich aber, wie schon gesagt, nicht. Der zweite wichtige Grund, warum ich mich schließlich gegen einen KDV-Antrag entschieden habe, war das, was ich über den Kriegsdienstverweigerer Agustìn Aguayo erfahren hatte. Der war trotz laufenden KDV-Verfahrens in den Irak geschickt worden und kam für acht Monate ins Gefängnis, weil er sich weigerte, eine Waffe zu tragen. Das konnte nicht mein Weg sein.

Du bist also desertiert?

Ja, die schwierigste Entscheidung meines Lebens. Aber die richtige. Am 11. April 2007 packte ich einige Habseligkeiten zusammen und verschwand nachts aus der Kaserne und insgesamt aus der US-Army. ZC

Einer von mehr als 25.000 US-amerikanischen Deserteuren seit Beginn des Irakkrieges ist André Shepherd. Der 31-Jährige ist aber der erste, der in Deutschland Asyl beantragt hat – und bringt damit die Bundesrepublik in erhebliche Schwierigkeiten. Er hat die Armee verlassen, nachdem er im Irak beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA zunächst mitgemacht hatte; einem Krieg, bei dem Deutschland die Teilnahme offiziell verweigert hatte, womit der damalige Kanzler Schröder die entscheidenden Punkte für den SPD-Erfolg und seine Wiederwahl 2002 gesammelt hatte. André Shepherd müsste hier also problemlos Asyl erhalten können, zumal ihm in den USA theoretisch sogar die Todesstrafe droht.

Andererseits hat die Bundesrepublik den Krieg der von den USA geführten Koalition faktisch z.B. mit der Zurverfügungstellung von Infrastruktur oder der Gewährung von Überflugrechten unterstützt, vielleicht sogar erst möglich gemacht. Die damalige Oppositionsführerin und heutige Kanzlerin hätte Deutschland aus blinder Bündnistreue an der Seite der USA am liebsten mit in den Krieg geschickt.

Eine schwierige Gemengelage also für einen Menschen, der die richtige Konsequenz aus dem Verbrechen d(ies)es Krieges gezogen hat. Er ist auf unsere Solidarität und konkrete Unterstützung angewiesen; vielleicht für einige Jahre, denn sein Asylverfahren könnte sich bis zu einer höchstrichterlichen Entscheidung lange hinziehen. Aus der DFG-VK halten Sonnhild und Ulli Thiel von der Karlsruher Gruppe (Alberichstraße 9, 76185 Karlsruhe, Telefon 0721-552270) eine enge Verbindung zu ihm. Finanziell kann er bei seinen Kosten für den Rechtsanwalt unterstützt werden durch Spenden auf das Konto von Connection e.V., Just Say No Fund, Kontonummer 7085704, Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 37020500). Bei Connection e.V. ist auch die im Januar erschienene 20-seitige Broschüre „US-Deserteur André Shepherd braucht Asyl“ zum Preis von 4 Euro erhältlich (www.connection-ev.de/z.php?ID=187; Gerberstraße 5, 63065 Offenbach; Telefon 069-82375535).

Für die **ZivilCourage** sprach Chefredakteur Stefan Philipp Ende Januar in Karlsruhe mit André Shepherd.

GIs, know your rights!

Erfahrungen in der antimilitaristischen Arbeit von DFG-VK- und anderen Friedensgruppen mit US-amerikanischen Soldaten/Von Roland Blach

Mor genau einem Jahr berichtete die **ZivilCourage** in ihrer ersten Ausgabe 2008 im Titelthema ausführlich über den wachsenden Widerstand von GIs gegen die Kriege im Irak und in Afghanistan – und wie die deutsche Friedensbewegung aktiv werden kann, soll und muss.

Stefan Philipp schrieb in seinem Vorwort: „Hättest Du gewusst, dass über den Zivilflughafen Leipzig jährlich mindestens 300.000 US-Soldatinnen und Soldaten zu ihrem Kriegseinsatz im Irak und in Afghanistan verlegt werden (manche Schätzungen reichen sogar bis 800.000 dieser militärischen Passagiere)?“ Er verwies dabei auf den Artikel von Elsa Rassbach, in dem sie berichtete „wie junge US-AmerikanerInnen zum Militär gelockt werden, wie sie die ‚Groundtruth‘ des Krieges erfahren und wie sie behandelt werden, wenn sie sich dem Morden und Ermordet-werden entziehen wollen.“ Stefan Philipp ergänzte:

„Ohne den US-Standort in Deutschland – den größten weltweit außerhalb der Vereinigten Staaten – würde der Krieg nicht funktionieren."

Die DFG-VK hat zusammen mit vielen Organisationen der Friedensbewegung (z.B. dem deutschen Ableger der Irak Veterans Against War, dem Military Counseling Network, Connection) und vielen lokalen Friedensgruppen viel zur Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen Monaten beigetragen. Stellvertretend seien hier genannt die Solidaritätsbewegung für André Shepherd, den ersten US-Soldaten, der in Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt hat, die Rundreise mit James Gilligan (traumatisiert durch seine Einsätze im Irak, Afghanistan und Guantanamo), vielen Redebeiträgen von Chris Capps bei größeren Demonstrationen, vielen Kinovorführungen von „Camilo – der lange Weg zum Ungehorsam" unter der Regie und Beteiligung von Peter Lilienthal.

Wichtige Informationen für US-SoldatInnen enthält ein Faltblatt der GI-Rights-Hotline, das in Deutschland u.a. von der DFG-VK vertrieben wird. Leo Sauer vom bayerischen DFG-VK-Landesverband und das Munich American Peace Committe haben den Anstoß für den deutschen Vertrieb gegeben und die Anschubfinanzierung geleistet.

Seit Dezember 2007 werden diese Faltblätter in der Größe einer Visitenkarte auch in Deutschland verteilt. Die GI-Rights-Hotline in Kalifornien ist die Zentrale des Netzwerks der GI-Beratungsstellen. SoldatInnen, die dort anrufen, werden entweder direkt beraten oder, je nach Bedarf, an eine Beratungsstelle in Deutschland (Military Counseling Network) oder an andere Organisationen in Europa weitergeleitet, die spezielle Unterstützung für GIs anbieten können.

Laut US-Militärrecht dürfen US-SoldatInnen Infos für sich behalten, sie jedoch nicht an andere verteilen.

Die in Berlin lebende US-Amerikanerin Elsa Rassbach, die DFG-VK-Mitglied ist, hat im letzten Frühjahr den Anstoß zur Gründung einer Arbeitsgruppe zu GIs innerhalb der DFG-VK gegeben. Nachdem der Bundesausschuss im Juni diese Gruppe beschlossen hat, hat diese unter Federführung von Elsa Rassbach mit ihrer Arbeit begonnen und mittlerweile mehrere Telefonkonferenzen abgehalten. Ein Schwerpunkt der bisherigen Arbeit war die Dokumentation und der Ausbau der Verteilung der kleinen Faltblätter. Dazu erhielten wir diese Berichte.

Klaus Wirtgen (Westpfalz): „Um die Air Base Ramstein (MacDonald's Ramstein, Rodenbach, Spesbach) und am US-Hospital Landstuhl habe ich ca. 400 Stück in Briefkästen von Amerikanern und hinter Scheibenwischern von Windschutzscheiben US-amerikanischer Fahrzeuge platziert sowie einige direkt den GIs übergeben. Nachdem Elsa mir einen Stapel der Winter Soldier Karten ‚Their stories will be told. Are you reday to listen?' zur Verfügung gestellt hatte, fügte ich diese hinzu. Nach meiner Einschätzung kommt diese Kombination sehr gut an. Uniformierte US-SoldatInnen, die mir über den Weg liefen und denen ich die Infos direkt in die Hand gab, haben sich überwiegend freundlich dafür bedankt."

Markus Pflüger (Trier): „Ich hatte rund 15 im Eine-Welt-Laden ausliegen, die sind inzwischen alle vergriffen. Offensiv vor der Airbase oder in Housingsbriefkästen verteilen haben wir bisher nicht probiert, aber eigentlich wäre das mal ein Versuch."

Auf den Infoständen der DFG-VK im Raum Mainz/Wiesbaden/Frankfurt werden die Minifaltblätter ausgelegt, allerdings kommen GIs selten zu den Infoständen. Gelegentlich nehmen sich Leute mit Kontakt zu US-Militärpersonal eine Handvoll mit.

Über die Aktivitäten in und um Baumholder berichtete Rainer Böß: „Bevor die 2. Brigade der 1. US-Panzerdivision aus Baumholder in den Irak ging, verteilten am Karfreitag 2008 Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE.Birkenfeld, unterstützt von jugendlichen Sympathisantinnen der Friedensbewegung das Info-Blatt ‚GIs – know your Rights' in den Garnisons-Städten Baumholder (Smith Barracks), Idar-Oberstein (Straßburgkaserne) und auch in der Kreisstadt Birkenfeld. Fortgesetzt wurde die Aktion am Ostermontag, als US-Irak-Kriegsveteran Chris Capps-Schubert, Europa-Koordinator der Organisation IVAW (Irakveteranen gegen den Krieg), gemeinsam mit der ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der LINKEN.Rheinland-Pfalz, Tanja Krauth, und weiteren Mitgliedern des Birkenfelder Kreisverbandes in Baumholder direkt vor dem Gate der Smith Barracks Info-Material an interessierte GIs verteilte. Bereits nach zwei Stunden waren die als Geschenke verpackten Info-Pakete alle ausgeteilt, und die Aktion wurde mit Flyern an anderen Stellen im Stadtgebiet fortgesetzt. Gegen Abend konnten dann noch in mehreren Gaststätten reichlich ‚GIs – know your Rights'-Karten ausgelegt werden. Chris Capps-Schubert wertete die Aktion, aus der auch neue Mitglieder für die IVAW gewonnen werden konnten, als großen Erfolg. Weitere Verteilaktionen in kleinerem Rahmen folgten bisher. Wenn die 2. Brigade nach 15 Monaten aus dem Irak zurückkehrt, werden Tanja Krauth und ihr Team in Baumholder wieder viel zu tun haben! Wir haben in und an den frei zugänglichen Wohnblocks Info-Material verteilt (Briefkästen) und Menschen angesprochen. In die abgesperrten Housings kamen wir als deutsche Zivilisten nicht rein. Einige wenige GIs haben Info-Karten genommen und wollten sie auf eigenes Risiko auch innerhalb der Absperrung verteilen. Wir haben die Ausfahrt (und DriveIn) bei MacDonald's genutzt, um mit Amerikanern ins Gespräch zu kommen – hat gut geklappt. Das Auslegen der Karten in den Kneipen war schwieriger – hier musste Tanja Überzeugungsarbeit leisten. Wie die Aktion mit Chris gezeigt hat, ist es von Vorteil, wenn 1. ein Amerikaner und 2. ein ehemaliger Soldat die Leute anspricht. Es ist schwierig bis unmöglich, amerikanische Wohnungen außerhalb der bekannten Bereiche auszumachen, um Material in die Briefkästen zu stecken. Die Autos haben bis auf ganz wenige Ausnahmen Birkenfelder

Kennzeichen und auch TÜV- und Abgasplakette. Und nicht alle fahren die typischen Geländewagen! – Das ist wirklich ein großes Problem. Die Straßburg-Kaserne in Idar-Oberstein ist inzwischen geschlossen. Die Housing in Neubrücke wird aufgelöst."

Joachim Guilliard aus Heidelberg: „So viel lief hier leider gar nicht dazu. Wir haben die Falzblätter bisher im wesentlichen im Zusammenhang mit Aktionen verteilt, vor dem Headquarter und während Infotischen, z.B. auf der Hauptstraße. Dort kamen keine GIs, aber andere US-Amerikaner, die ein paar mitnahmen. Dann haben sich noch zwei Frauen aus unserem Forum [das GI-Info] geschnappt, um es in den Wohngebieten zu verteilen, soweit das nocht geht. Sie kennen sich aber aus und verteilten da schon oft. Davon habe ich aber keine Rückmeldung. Wir müssten das in der Tat wieder etwas intensivieren."

Die Gruppe um Jürgen Wangler hat Karten vor Weihnachten in Katterbach bei Ansbach vor der Kaserne verteilt, was sehr gut ankam. Zusammen mit einer englischen IVAW-Zeitung und der englischen Erklärung von André Shepherd. Bilder davon sind auf der Homepage der Offenen Linken (www.offene-linke-ansbach.de). „Die GI-Rights-Karten verteilen wir auch so immer an GIs in Ansbach und seit Ende Januar auch beim Stützpunkt Illesheim. Wir haben mittlerweile aber keine mehr und bräuchten Nachschub." (Jürgen Wangler)

Torsten Schleip berichtet aus Leipzig, dass sie nicht an die Transit-GIs herankämen, da diese sich während ihres Aufenthalts separat in einem abgeschlossenen Teil des Flughafens aufhielten. Ein auch bei Vorbeifahrt der Flugzeuge über die Startbahnbrücke sichtbares Transparent mit der Telefonnummer sei in Vorbereitung, aber technisch schwierig bei 1-Meter-Zahlengröße.

Elsa Rassbach hat in der Titel-Story der Dezember-**ZivilCourage** bereits kritisch über die zu erwartende US-Außenpolitik unter dem neuen US-Präsidenten Obama berichtet. Die Ankündigung, in Kürze weitere 20.000 US-Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, belegt, dass wir den Widerstand innerhalb der US-Armee auch weiterhin mit viel Nachdruck stärken müssen, um eine wirkliche Friedenspolitik durchzusetzen.

Wir sind in der Verantwortung, mit viel Engagement zum Ende der auch von Deutschland aus geführten Kriege im Irak, in Afghanistan und anderswo beizutragen. Helft mit, die Karten massenweise zu verteilen und beteiligt Euch an den vielen Protestaktionen gegen den Nato-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden zwischen dem 1. und 5. April.

Wer Interesse an einer Mitarbeit in der Arbeitsgruppe hat, wende sich am besten direkt an Elsa Rassbach (Tel. 030-32 60 15 40, eMail elsarassbach@gmail.com).

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg und arbeitet aktiv in der GI-Arbeitsgruppe mit.

ZC

60 Jahre Nato – kein Grund zum Feiern, sondern für Protest

DFG-VK-Materialien unterstützen die Mobilisierung für die Protestaktionen am 4. April in Straßburg/Von Monty Schädel

Mit dem Gipfeltreffen zum 60. Nato-Geburtstag Anfang April in Straßburg auf französischer und Kehl sowie Baden-Baden auf deutscher Seite haben sich die Staats-/Regierungschefs und Generalstäbe der Mitgliedsstaaten einen Termin gesetzt, an dem sie sich für ihre Politik feiern (lassen) wollen. Selbstverständlich nahmen Aktive der bundesweiten und internationalen Friedensbewegung diesen Termin auch als Einladung zum Protest gegen die Kriegspolitik dieses Bündnisses in ihre Terminkalender auf. Intensiv laufen derzeit die Vorbereitungen auf allen Ebenen zu verschiedenen Formen und Aktionen des Protests. International wird es parallel zu der Friedensdemonstration am 4. April in Straßburg auch Demos u.a. in Istanbul und New York City geben.

Ein Aufruf zu Demonstrationen am 28. März in Frankfurt am Main und Berlin unter dem Motto „Wir bezahlen Eure Krise nicht!" aus gewerkschaftlichen und Attac-Kreisen hatte zum Jahresende noch für Verwirrung gesorgt, da in den dortigen Diskussionen die Bedeutung des Protests gegen den Nato-Gipfel negiert und derjenige gegen das Krisenmanagement der Regierungen als vorrangig betrachtet wurde. Von Aktiven der Friedensbewegung wurde die Festlegung eines Termins für Demos eine Woche vor der internationalen Friedensdemonstration in Straßburg als bewusste Schwächung des Antikriegsprotestes und einer öffentlichen Kritik an der Nato verstanden. Basisaktivisten des Weltsozialforums haben sich nun in der letzten Januarwoche gegen einen Aktionstag allein am 28. März ausgesprochen und statt dessen zu einer weltweiten „Aktionswoche gegen Kapitalismus und Krieg" vom 28. März bis zum 5. April aufgerufen. Dabei werden die beiden Demonstrationen in Berlin und Frankfurt einen Auftakt darstellen und ihren Höhepunkt in der Demonstration und den anderen Aktionen am 4. April in Straßburg finden.

Für die DFG-VK als Friedensorganisation, die die sozialen Verwerfungen sowie Militarismus und Krieg immer als zwei Seiten der gleichen Medaille betrachtete, sollte es jetzt intensiv darum gehen, dass sie sich aktiv in diesen Protesten positioniert und zum 4. April nach Straßburg mobilisiert. Viele DFG-VK-Aktive sind bereits jetzt an verschiedenen Stellen der Nato-Protestvorbereitung involviert. Denn obwohl es auch in unserem Verband zunächst noch Diskussionen darüber gegeben hatte, ob sich die DFG-VK überhaupt in die Mobilisierung zu den Protesten einbringen sollte – aus Angst, sich zu verzetteln –, ist der Termin Anfang April mittlerweile für viele Gliederungen fest eingeplant.

Viele haben erkannt, dass sich mit dem Nato-Gipfel für die DFG-VK die

Kein Frieden mit der NATO
72 Seiten
2 Euro (zzgl. Porto)

Zu bestellen bei: DFG-VK-Materialversand Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart material@dfg-vk.de

Die Broschüre steht zum kostenlosen Download im Internet als PDF-Dokument bereit unter: http://imi-online.de/download/webversion-imi-nato.pdf

INHALT

Grundlagen und Strategien

Tobias Pflüger: Die Waffe des Westens: Strukturen und Strategien der NATO in einer brüchig werdenden Weltordnung

Claudia Haydt: Kanonenboote und Piraten: NATO, EU und die Kontrolle der Meere

Joachim Guilliard: Die NATO 1949-91: Kurze Bilanz einer kriegerischen Geschichte

Christoph Marischka: Weltherrschaft durch die Kontrolle von Strömen: Die Rolle der NATO bei der Militarisierung der Migration

Arno Neuber: Schild und Schwert: Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO

Jürgen Wagner: Globale NATO: Ersatz-UNO mit der Lizenz zum Töten

Christoph Marischka: Wie Ban Ki-moon die UN der NATO unterwarf: UN-Generalsekretär würdigt NATO – heimlich und im Alleingang

Die NATO als globaler Kriegsakteur

Jürgen Wagner: Der NATO-Krieg in Afghanistan: Prototyp für neoliberales Nation Building und zivil-militärische Aufstandsbekämpfung

Joachim Guilliard: Die NATO im Irak

Christoph Marischka: Die Erneuerung der NATO auf dem Balkan

Thomas Mitsch: Die NATO in Afrika

Martin Hantke: Imperiale Geopolitik: Ukraine, Georgien und der Neue Kalte Krieg zwischen der NATO und Russland

Lokale Einrichtungen für globale Kriege

Jürgen Wagner: Das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen: Multifunktionaler Kriegsstützpunkt

Franz Iberl: Marshall-Center & NATO-Schule: Die NATO in den bayerischen Bergen

Tobias Pflüger: Die deutsch-französische Brigade in Müllheim

Michael Schulze von Glaßer: Münster: Kriegsführung aus der Provinz

Jens Rüggeberg: NATO-Pipeline ... in Bodelshausen und anderswo

Tobias Pflüger: Geilenkirchen: Mit AWACS gegen das Grundgesetz

Christoph Marischka: Das Militärdrehkreuz Halle/Leipzig

Möglichkeit ergibt, ihre Kompetenz in unterschiedlichen Aspekten der Friedensfrage zur Verfügung zu stellen. Alle in unserem Verband bearbeiteten Themen decken sich mit den Themen des Protestes, so dass dieser für uns nicht nur die Chance bietet, als gemeinsame Organisation aufzutreten, sondern ihn auch zur Stärkung und Mitgliedergewinnung zu nutzen. Im günstigsten Fall können wir so dazu beitragen, dass die deutsche Friedensbewegung in Zeiten der Ausweitung der Kriegsaktivitäten der Bundeswehr im Ausland und der Militarisierung im Inneren aus der „Anonymität" hervortritt und mit unserem pazifistisch-antimilitaristischen Verbandsnamen DFG-VK verknüpft wird. Nutzen wir die Chance!

Die von Beginn an im Bündnis vieler Friedens- und Antikriegsgruppen vorbereiteten Aktionen sollen den Protest gegen die Nato eindrucksvoll auf der Straße sichtbar machen, Alternativen zur Militär- und Kriegspolitik aufzeigen und mit Aktionen Zivilen Ungehorsams bewusst Grenzen (und Gesetze) übertreten, um das Nato-Gipfeltreffen mindestens zu behindern. Dagegen rüsten die Verwaltungen, die Polizei und das Militär nicht nur verbal auf. Wie bereits bei Großereignissen der vergangenen Jahre – z.B. der Fußball-WM oder dem G8-Gipfel – sollen nicht nur ein Großaufgebot der Polizei, sondern auch die Bundeswehr zum Einsatz kommen. Erste „Amtshilfeersuchen" dafür liegen bereits vor. Die Polizei spricht – oftmals von den Medien ungefiltert so transportiert – in einem Zusammenhang undifferenziert von der Gefahr terroristischer Anschläge, Randalierern und Vermummten sowie Demonstrationen und warnt u.a. mit falschen Zahlen über die Zahl verletzter Polizisten bei der Demonstration gegen den G8-Gipfel in Rostock. Mit übertriebenen und falschen Informationen werden vor Ort Verwirrung gestiftet und Ängste geschürt.

Regionale und bundesweite Bündnisse versuchen dem mit Informationen über die Ziele und Planungen des Protestes entgegenzuwirken. Viele Veranstaltungen sowohl vor Ort in der Protestregion wie auch bundesweit tragen jedoch nicht nur zur Protestvorbereitung bei, sondern auch zur Information über das Kriegsführungsbündnis Nato, welches uns immer noch als Verteidigungsbündnis präsentiert werden soll. Sollten DFG-VK-Gruppen noch Veranstaltungen organisieren wollen, sind wir gerne behilflich. Als Referenten bieten sich z.B. die DFG-VK-Mitglieder Claudia Haydt, Tobias Pflüger, Lühr Henken, Jürgen Wagner mit den Schwerpunkten der inhaltlich-politischen Analyse an wie auch die Landesgeschäftsführer und der Bundesgeschäftsführer mit den Schwerpunkten der Mobilisierung zu den Protesten.

Zur Mobilisierung haben wir neben dem Kleber auf der Vorderseite dieser **ZivilCourage** weitere Materialien entwickelt. Beim DFG-VK-Materialvertrieb sind Flyer, Plakate, Aufkleber, Anstecksbuttons sowie die von IMI und DFG-VK gemeinsam herausgegebene Broschüre zur Geschichte und Politik der Nato erhältlich *(www.dfg-vk.de/material)*.

Neben der Demonstration am 4. April in Straßburg werden besonders die Aktionen und Blockaden der Nato-GegnerInnen für Aufmerksamkeit sorgen. Es ist deshalb besonders erfreulich, dass mit dem Bündnis NATO-ZU (ZU steht für Ziviler Ungehorsam) eine Struktur geschaffen werden konnte, die sich ausdrücklich dem gewaltfreien Protest verschrieben hat und zu Blockaden des Nato-Gipfels am Morgen des 4. April in Straßburg aufruft.

Mit diesem Bündnis können wir im Rahmen des Gesamtprotestes deutlich gewaltfreie Aktionen anbieten und für unsere Vorstellungen von Konfliktlösungen werben. Im Bündnis sind neben der DFG-VK und unserem internationalen Dachverband WRI sowie weiteren internationalen Gruppen u.a. der Bund für Soziale Verteidigung und die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden vertreten.

Für die weitere Information zur Protestvorbereitung, zu Materialien, ReferentInnen oder inhaltlichen Positionierungen lohnt sich immer ein Blick auf unsere Homepage unter *www.dfg-vk.de* oder mit dem Direkteinstieg *www.kein-frieden-mit-der-nato.de*. Hier kann auch der bundesweite Bündnisaufruf zu den Nato-Protesten online-unterstützt werden.

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK. ZC

Zur Finanzierung der Protestaktionen gegen den Nato-Gipfel ist die DFG-VK dringend auf Spenden angewiesen:
Sonderkonto
DFG-VK NATO 2009-Protest
Konto: 830 46 01 BLZ 370 205 00

Nein zum Krieg!
Nein zur NATO!

Am **Mittwoch, 1. April**, soll das Camp mit einem Fest in Straßburg eröffnet werden. Das Hauptcamp soll in Straßburg sein, weil für den Samstag Grenzsperrungen befürchtet werden. Lediglich ein kleineres Camp in Kehl und ein Infopunkt in Baden-Baden sollen Übernachtungsmöglichkeiten für den Notfall bieten.

Der **Donnerstag, 2. April**, ist als Aktionstag geplant gegen das Flüchtlingsabwehrsystem durch militärische und paramilitärische Systeme der reichen westlichen Staaten gegen Menschen, die aus den ausgebeuteten Ländern hierher kommen wollen.

Am **Freitag, 3. April**, wird der internationale Friedenskongress in Straßburg beginnen. Am Nachmittag sind Aktionen gegen das Außenministertreffen und am Abend gegen die Nato-Gala vorgesehen. Örtliche und regionale Aktionskomitees diskutieren dazu die Blockade der Veranstaltungsorte (Baden-Baden und Kehl sind in der Diskussion) und/oder des Flughafens.

Am **Samstag, 4. April**, soll der Tag der internationalen Demonstration gegen Krieg und die NAato-Politik sein. Neben der Demonstration in Straßburg sind bisher Demonstrationen u.a. auch in Istanbul und New York geplant. Am Vormittag soll es in Straßburg Blockaden/Aktionen des Zivilen Ungehorsams mit dem Ziel geben, dem NAato-Gipfel einerseits die „schönen Bilder" zu vermiesen, andererseits die Regierungs- und Militärschefs von ihrer Infrastruktur aus KofferträgerInnen, ProtokolantInnen, DolmetscherInnen, Catering etc. abzuschneiden und den Gipfel so mindestens zu behindern. Demonstration und Blockaden sollen sich bei dieser Konstellation nicht gegenseitig behindern oder schwächen.

Beginn der Aktionen Zivilen Ungehorsams: morgens
Beginn der Demonstration: 13 Uhr

Am **Sonntag, 5. April**, soll der Friedenskongress fortgesetzt werden. Dabei soll es ggf. bereits Diskussionen zu den „Ergebnissen" des NAato-Gipfels geben.

DFG-VK

Der Gaza-Krieg

Hintergründe jenseits von Kassam-Raketen

Von Clemens Ronnefeldt

Die vorläufige Bilanz des Gazakrieges lautet: 1.300 Tote auf palästinensischer Seite, dazu etwa 5.500 Verletzte und Schäden in Höhe von etwa 3 Milliarden US-Dollar. Auf israelischer Seite: 10 getötete israelische Soldaten, davon vier von ihren eigenen Kameraden versehentlich umgebracht, vier getötete Zivilisten durch Raketenbeschuss, einige wenige Verletzte sowie Sachschäden in nicht genau zu beziffernder Höhe.

Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter sprach am 8. Januar in der *Washington Post* von einem „unnötigen Krieg", der Jerusalemer Chefkorrespondent des US-Magazins *Time* stellte am selben Tag die Frage: „Kann Israel seinen Angriff auf Gaza überleben?"

Zur Vorgeschichte: Die versäumte Dialogaufnahme mit Hamas

Das Buch der deutschen Professorin Helga Baumgarten „Hamas. Der politische Islam in Palästina" (München 2006) liest sich aus der Sicht der Bombardierungen im Gazastreifen und der Raketen auf Israel wie eine lange Kette versäumter Möglichkeiten zum Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern. In ihrer äußerst differenzierten Untersuchung weist die Autorin auf wenig bekannte Sachverhalte hin, die den Pauschalvorwürfen, die Hamas erkenne Israels Existenzrecht nicht an und wolle das Land zerstören, die Grundlage entziehen.

Die „Gemeinde der Muslime in Jordanien und Palästina", aus der die Hamas hervorging, wurde von der israelischen Regierung finanziell unterstützt: „David Shipler, ehemaliger Korrespondent der New York Times in Israel, schreibt in seinem Buch über diese Periode *(Anm. d. Autors: 1967-1975, gemeint ist die sog. „Moschee-Bau-Periode")*, dass ihm der damalige israelische Militärgouverneur in Gaza, Brigadier General Yitzhak Segev, erzählt habe, wie er die islamische Bewegung dort als Gegengewicht gegen die PLO und die Kommunisten finanziert habe." *(H. Baumgarten, S. 32)*

Die ersten Selbstmordanschläge der 1987 gegründeten Hamas *(arabisch: Eifer)* erfolgten nach dem Massaker 1994 in Hebron, bei dem der Arzt Baruch Goldstein in israelischer Militäruniform 29 Muslime in der Abrahams-Moschee ermordet hatte. Diese erste Hamas-Anschlagsserie endete vorläufig im März 1997 mit Attentaten in Tel Aviv und Jerusalem. Danach gab es heftige interne palästinensische Auseinandersetzungen über Selbstmordanschläge, die nach der Freilassung von Scheich Ahmad Yasin bis März 2001, also über einen Zeitraum von vier Jahren und ein halbes Jahr nach dem Tempelbergbesuch Ariel Scharons, gestoppt wurden. Im März 2004 wurde Ahmad Yasin, der Gründer der Hamas, durch eine israelische Bombe ermordet, kurze Zeit später ebenso sein Nachfolger Dr. Rantisi.

Während der Amtszeit des israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu erfolgte 1997 ein Mordanschlag auf den zu der Zeit im Exil in Damaskus lebenden Hamas-Führer Khalid Maschaal: „Der israelische Geheimdienst Mossad versuchte am 25. September *(Anm. d. Autors: 1997)*, Kahlid Maschaal, den Chef des Hamas-Politbüros, in Amman mit Nervengift zu ermorden. Der Anschlag schlug fehl, Maschaal konnte rechtzeitig ins Krankenhaus gebracht werden, und König Hussein von Jordanien zwang Netanyahu, das notwendige Gegengift zu liefern, um Maschaal zu retten. In einem komplexen Arrangement von quid pro quo *(Anm. d. Autors: dieses für das)* entließ nun Israel Scheich Ahmad Yasin aus dem Gefängnis und brachte ihn nach Amman, König Hussein erlaubte die Rückkehr der acht Mossad-Agenten, die in den Anschlag verwickelt waren bzw. ihn ausgeführt hatten, nach Israel. Eine Reihe von palästinensischen und jordanischen Gefangenen wurden ebenfalls freigelassen. Der jordanische Monarch erzwang diese Arrangements aus zwei Gründen. Erstens wollte er Israel klar machen, dass die Bestimmungen des israelisch-jordanischen Friedensvertrages einzuhalten waren. Diese verboten jeden Einsatz von Geheimdiensten im jeweiligen Nachbar-

staat. Zweitens hatte Hussein Netanyahu genau zwei Tage vor dem Attentat gegen Maschaal, am 23. September, schriftlich informiert, dass die Hamas zu einem Dialog mit Israel und zu einem Stopp der Selbstmordattentate bereit sei." *(H. Baumgarten, S. 128 f.)*

Helga Baumgarten schreibt: „Die Antwort der Hamas auf die Forderung nach Gewaltverzicht im israelisch-palästinensischen Konflikt ist die Einhaltung eines Waffenstillstandes, den die Hamas selbst seit Anfang 2005 akribisch eingehalten hat. Am deutlichsten hat Kahlid Maschaal, Chef des Hamas-Politbüros, diese Position in einem Artikel ausgesprochen, der am 31. Januar *(Anm. d. Autors: 2006)* im englischen *Guardian* und am 1. Februar in der *Los Angeles Times*, allerdings unter einem anderen Titel, publiziert wurde. Der Schlusssatz formuliert eindeutig: „...Wenn sie bereit sind, das Prinzip eines langfristigen Waffenstillstandes anzunehmen, sind wir bereit, dessen Modalitäten zu verhandeln. Die Hamas reicht allen, die wirklich einen Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit wollen, ihre Hand zu Frieden."

Nach dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 erklärte der frisch gewählte Regierungschef Ismail Haniyeh am 26. Februar in einem Interview in der *Washington Post*: „Wenn Israel erklärt, dass es dem palästinensischen Volk einen Staat ermöglicht und ihm seine Rechte zurückgibt, dann sind wir bereit, Israel anzuerkennen." *(H. Baumgarten, S. 186)*

Wenige Tage vorher, am 16. Februar, sagte Azzam Tamimi, Leiter des Londoner *Instituts für Islamische Politische Theorie*, der die Hamas in Medienfragen berät, in einem Interview mit der *Jerusalem Post*, „dass die Hamas-Führung in Beirut und Damaskus an einer Änderung der Charta arbeite. Diese solle gemäßigter und ohne antisemitische Formeln und Argumentationsmuster in ein wirkliches politisches Dokument umgeschrieben werden. „Der ganze Unsinn über die Protokolle der Weisen von Zion und die Verschwörungstheorien, all dieser Mist muss heraus. Er hätte eigentlich von Anfang an nicht auftauchen dürfen". *(Anm d. Autors: Bei den Protokollen der Weisen von Zion handelt es sich um ein seit Anfang des 20. Jahrhunderts verbreitetes antisemitisches Pamphlet, das eine jüdische Weltverschwörung belegen soll.)* Über die Protokolle der Weisen von Zion sagt Tamini: „Niemand mit Selbstrespekt sollte in eine solche Falle geraten, denn dieses Buch ist eine absolute Fälschung". Allerdings, so meinte er, würde sich die Hamas nach den Wahlen 2006 sicher noch mit einer Änderung der Charta zurückhalten, um nicht den Eindruck zu erwecken, dem Druck aus dem Westen nachgegeben zu haben." *(H. Baumgarten, S. 65)*

Vor dem Hintergrund der Eskalation am Jahreswechsel 2008/2009 hätte die Führung der Hamas sehr viel Angriffsfläche vermeiden können, wenn sie sich zu einer offiziellen Korrektur ihrer Charta hätte durchringen können.

Waffenlieferung zum Sturz der Hamas

Welch hohes Risiko die israelische Regierung für die Beseitigung der Hamas in Kauf zu nehmen bereit war, zeigte ein Interview im US-Magazin *Vanity Fair* mit Mohammed Dahlan, dem ehemaligen Sicherheitschef der Fatah, über das die Süddeutsche Zeitung am 7. März 2008 berichtete: „In dem Gespräch behauptet der Mann, der sich schon früh bester Kontakte in die USA rühmte, die Regierung von George W. Bush habe seine Truppe aufgerüstet, um einen palästinensischen Bürgerkrieg zu provozieren. Nur leider habe sich die Strategie als Bumerang erwiesen, weil nicht die Fatah, sondern die Hamas bei diesem Kampf schließlich siegte in Gaza. Es ist kein Geheimnis, dass die Regierung in Washington den Sicherheitskräften der Fatah Geld für Waffen und Training zukommen ließ. Das US-Magazin aber behauptet nun, ein Teil der Mittel sei wegen der Widerstände im amerikanischen Kongress auf Umwegen geflossen – über arabische Staaten. Im Dezember 2006 passierten demnach vier ägyptische Lastwagen die von Israel kontrollierte Grenze zum Gaza-Streifen. Die Fracht: 20.000 ägyptische Gewehre und reichlich Munition für Dahlans Leute von der Fatah. Interessant daran ist auch: Waffenlieferungen nach Gaza mussten von Israel genehmigt werden. Ebenfalls im Dezember 2006 waren mehrere diplomatische Emissäre aus Europa in Gaza unterwegs – mit ganz anderen Absichten. Sie wollten einen palästinensischen Bruderkrieg abwenden, weshalb sie mit Nachdruck auf eine Einheitsregierung von Fatah und Hamas drängten". So weit die *Süddeutsche Zeitung* am 7. März 2008 unter der Überschrift "Feinde schaffen mit Waffen".

Bei ihrer Bodeninvasion sind israelische Soldaten vermutlich von Hamas-Kämpfern mit ägyptischen Gewehren in den Händen bekämpft werden, die von der US-Regierung und arabischen Ländern bezahlt und von der israelischen Regierung per Genehmigung in den Gazastreifen gebracht urden.

UN-Sonderberichterstatter Falk zum Bruch der Waffenruhe zwischen Hamas und Israel

Der UN-Sonderberichterstatter Richard Falk, US-Amerikaner und ehemals Professor für Internationales Recht an der Universität in Princeton, derzeit UN-Sonderbeauftragter für die Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten, hat sich sehr kritisch zu der israelischen Position im Gazakonflikt geäußert. Er hat bereits Anfang Dezember 2008 einen internationalen Strafgerichtshof gefordert, um gegen die israelische Führung wegen möglicher Verletzungen des internationalen Kriegsrechts zu ermitteln. Er tat dies, weil er in der Abriegelung des Gazastreifens „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" sah.

In einer lokalen US-Zeitung schrieb Falk den Artikel „Die Gaza-Katastrophe verstehen" *(http://www.huffingtonpost.com/richard-falk/understanding-the-gaza-ca_b_154777.html, dt. Übersetzung: A. Schneider)* und darin: „Der Hamas wird die Schuld für den Zusammenbruch des Waffenstillstands durch ihre angebliche Weigerung, ihn zu erneuern, sowie durch die Zunahme der Raketenangriffe zugeschoben. Die Wirklichkeit ist allerdings weniger eindeutig. Es gab keinen nennenswerten Raketenbeschuss aus Gaza während des Waffenstillstandes, bis Israel am 4. November einen Angriff gegen angeblich palästinensische Militante in Gaza durchführte, bei dem mehrere Palästinenser getötet wurden. In dem Moment wurde der Raketenbeschuss aus Gaza intensiviert. Außerdem hat die Hamas bei mehreren öffentlichen Gelegenheiten dazu aufgerufen, den Waffenstillstand zu verlängern – Aufrufe, die nie anerkannt, geschweige denn durch israelische Regierungsstellen aufgegriffen wurden. Darüber hinaus ist die Zuweisung der Verantwortung für alle Raketenangriffe an die Hamas auch nicht überzeugend. Eine Vielfalt unterschiedlicher Milizen operiert in Gaza; manche davon, wie die Fatah-unterstützte Al-Aqsa-Märtyrerbrigade, sind gegen die Hamas und könnten sogar Raketen abfeuern, um israelische Vergeltung zu provozieren oder zu

rechtfertigen. Gut bestätigt ist die Tatsache, dass, als die von den USA unterstützte Fatah Gazas Verwaltungsstruktur kontrollierte, sie genauso wenig in der Lage war, die Raketenangriffe zu verhindern, trotz konzertierten Bemühungen, dies zu tun."

In der israelischen Zeitung *Haaretz* war am 18. Dezember 2008 zu lesen, die Hamas habe sogar Angehörige der „Islamic Djihad"-Miliz verhaftet, die einzelne Raketen auf Israel geschossen hatten. *(http://haaretz.com/hasen/spages/1047494.html)*

Im Februar des Vorjahres waren 257 Raketen auf israelisches Gebiet abgeschossen worden, im Mai noch 149, im Juni dann 87, bevor am 18. Juni die Waffenruhe zwischen Israel und Hamas in Kraft trat. Im Juli flog eine Rakete, im August wurden acht gezählt, im September eine, im Oktober zwei. Nach der Invasion der israelischen Armee vom 4. November folgte im November wieder ein Hagel von 126 Raketen. Diese Zahlen veröffentlichte das israelische Außenministerium bis Kriegsbeginn auf seiner Website *(vgl. Alain Gresh, Verblendet in Gaza, in: Le Monde Diplomatique, Januar 2009, Berlin, S. 1; Knut Mellenthin, Israel braucht Hamas, junge Welt, 14.1.2009).*

Seit Beginn der Raketenabschüsse vor etwa acht Jahren verloren insgesamt 15 Israelis ihr Leben durch Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen. 2007 gab es einen Selbstmordanschlag in Eilat mit drei Toten Israelis und 2008 einen Suizid-Anschlag mit einer toten Israelin in Dimona *(vgl. www.btselem.org/english/).*

Hintergrundfolie: Wahlen in Israel und Rehabilitierung für den Libanonkrieg 2006

Richard Falk folgert: „Dieser Hintergrund legt nahe, dass Israel seine verheerenden Angriffe seit dem 27. Dezember lancierte, nicht nur um die Raketenangriffe zu stoppen oder zu vergelten, sondern auch aus einer Reihe nicht anerkannter Gründe. Es war schon seit mehreren Wochen vor dem israelischen Angriff zu erkennen, dass die israelische politische und militärische Führung die Öffentlichkeit auf eine militärische Großoffensive gegen die Hamas vorbereitete. Der Zeitpunkt des Angriffs scheint durch eine Reihe von Überlegungen gewählt worden zu sein: Vor allem das Interesse der politischen Rivalen, Verteidigungsminister Ehud Barak und Außenministerin Tzipi Livni, daran, ihre Härte vor den für Februar festgelegten – und nun eventuell bis zu einem Ende der militärischen Operationen verschobenen – nationalen Wahlen zu demonstrieren. Solche Kraftbeweise sind ein Charakteristikum vergangener Wahlkampagnen gewesen, und besonders in dem gegenwärtigen Fall wurde die derzeitige Regierung erfolgreich durch den notorisch militaristischen israelischen Oppositionspolitiker Benjamin Netanyahu angefochten, wegen ihrer angeblichen Unfähigkeit, die Sicherheit aufrecht zu halten. Solche wahlbedingte Motivation wurde durch den kaum verborgenen Druck der militärischen Befehlshaber verstärkt, die Gelegenheit zu ergreifen, um die Erinnerung an den verheerenden Libanonkrieg 2006 zu tilgen. Dieser hatte sowohl den Ruf Israels als Militärmacht befleckt wie auch zu einer weit verbreiteten internationalen Verurteilung Israels für die schwere Bombardierung ungeschützter libanesischer Dörfer, die unverhältnismäßige Gewalt und den verbreiteten Einsatz von Splitterbomben gegen dicht bevölkerte Gebiete geführt."

Israelische Befindlichkeit vor dem Angriff

Der UN-Sonderbeauftragte versucht in seinem Beitrag, auch die innerisraelische Situation vor dem Angriff darzustellen: „Respektierte konservative israelische Kommentatoren gehen noch weiter. Zum Beispiel verknüpfte der prominente israelische Historiker Benny Morris vor einigen Tagen in der *New York Times* die Gazakampagne mit eine tiefer liegenden Reihe von Befürchtungen in Israel, die er mit der dunklen Stimmung vor dem 1967-er Krieg verglich, als sich die Israelis stark bedroht fühlten durch arabische Mobilisierung an ihren Grenzen. Morris behauptet, dass, trotz des israelischen Wohlstands und der relativen Sicherheit der letzten Jahre, mehrere Faktoren Israel dazu gebracht haben, kühn gegen Gaza vorzugehen: Die angenommene, fortgesetzte Weigerung der arabischen Welt, die Existenz Israels als eine feststehende Gegebenheit anzuerkennen; die aufrührerischen, durch Mahmoud Ahmadinedschad ausgesprochenen Drohungen, zusammen mit der angenommenen Absicht Irans, sich Kernwaffen zu verschaffen; die verblassende Erinnerung an den Holocaust zusammen mit der wachsenden Sympathie für die Palästinenser im Westen, und die Radikalisierung der politischen Bewegungen an den Grenzen Israels in Form von Hamas und Hisbollah. Insgesamt argumentiert Morris, dass Israel versuche, durch die Vernichtung der Hamas in Gaza eine breitere Botschaft an die Region zu senden: Dass es vor nichts zurückschrecken wird, um seinen Anspruch auf Souveränität und Sicherheit aufrecht zu halten." Soweit Richard Falk.

Am 18. Januar veröffentlichte die *Jerusalem Post* den Beitrag „Die Vier-Milliarden-Dollar-Gelegenheit vor der Gazaküste", wo im Jahre 2000 ein größeres Erdgasfeld entdeckt wurde. Der Wirtschaftskorrespondent der Zeitung, Matthew Krieger, argumentierte darin, dass die Hamas nach dem jüngsten Krieg ausreichend geschwächt sei, um ihren Anspruch auf die Erdgasvorkommen als Teil eines Waffenstillstandes aufzugeben. *(www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1232265973735&pagename=JPost%2FJPArticle%2FshowFull)*

Alle bisher genannten Motive sind vermutlich nicht annähernd so ausschlaggebend gewesen für die Entscheidung der israelischen Führung zur Bombardierung des Gazastreifens wie der bisher verpasste oder – nach Angaben der *New York Times* – von der US-Regierung verhinderte Krieg Israels gegen Iran.

Der Gazakrieg als Stellvertreterkrieg gegenüber Iran

Am 18. Juli 2008 veröffentlichte Benny Morris in der *New York Times* einen Ar-

tikel, in dem er u.a. schrieb: „Die Iraner werden – sei es aus ideologischen Gründen oder aus Angst vor einem nuklearen Präventivschlag der Israelis – jede von ihnen gebaute Bombe einsetzen. Darum ist ein israelischer Nuklearschlag, der die Iraner an ihren letzten Schritten zu einer Bombe hindert, wahrscheinlich. Die Alternative wäre, es zuzulassen, dass Teheran seine Bombe hat. So oder so wäre in jedem der beiden Fälle ein nahöstlicher Nuklear-Holocaust vorherbestimmt." *(www.nytimes.com/2008/07/18/opinion/18morris.html), dt. Übersetzung: E. Rohlfs)*

Am 21. Juli 2008 berichtete die israelische Zeitung *Haaretz*, dass der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak bei seinem USA-Besuch Anfang August um Tankflugzeuge des Typs Boing 767 gebeten habe, damit die lediglich sieben im Besitz der israelischen Luftwaffe sich befindenden betankbaren Kampffugzeuge bei Fern-Operationen in der Luft betankt werden könnten – und damit ihre Reichweite bis nach Iran und zurück nach Israel reichen würde. Die US-Regierung verweigerte den Kauf, weil sie – so *Haaretz* – „fürchtete, solch eine Transaktion könnte als Unterstützung für einen israelischen Angriff auf Iran interpretiert werden." *(www.haaretz.com/hasen/spages/1013735.html, dt. Übersetzung: E. Rohlfs)*

Die US-Regierung verweigerte bisher ebenfalls die Überflugrechte für israelische Kampfflugzeuge über den Irak. Gleichzeitig konnte Iran aus Russland importiertes Flugabwehrraketen-Zubehör in Empfang nehmen, allerdings bisher noch nicht die Raketen selbst, die neben den bereits gelieferten russischen Tor-M-1-Raketen als zusätzliche effektive Waffen gegen US- wie auch gegen israelische Angriffe gelten: „Es gibt Anzeichen, dass die Installation der S-300 in Iran bereits vor zwei Wochen begonnen hat. ... Ein hoher israelischer Emissär, der sofort nach Moskau eilte, erreichte offenbar nichts. Wie es aus anderen Quellen heißt, wollen die Russen angeblich S-300 auch um den syrischen Hafen Tartus stationieren, um diesen für ihre Schiffe zu sichern." *(Süddeutsche Zeitung, 23.12.2008)*

Mit der baldigen Inbetriebnahme des Reaktors in Busher läuft zudem die Zeit für einen Präventivschlag ab; nach dem Anlaufen des Atomkraftwerkes würden US-Soldaten in Irak und Afghanistan bei einer Bombardierung einem radioaktiven Fallout ausgesetzt. Barak Obama wurde für seine signalisierte Dialogbereitschaft gegenüber Iran von israelischer Seite bereits heftig kritisiert. Die israelische Führung erkannte spätestens am 4. November 2008, dass mit der Wahl des neuen US-Präsidenten die notwendige Unterstützung für einen israelischen Angriff auf Iran in absehbarer Zeit nicht zu bekommen sein wird.

Im engen Zeitfenster vor dem Amtsantritt von Barak Obama war der am 27. Dezember gestartete Nahost-Krieg eine der letzten Möglichkeiten der israelischen Führung, Iran, dessen regionale Interessenwahrnehmung über Hisbollah und Hamas direkt bis an die Grenzen Israels reicht, eine indirekte „Abschreckungs-Botschaft" zu senden – mit furchtbaren Konsequenzen für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen.

Am 14. Januar besuchte der israelische Präsident Shimon Peres die Militärbasis Tzeelim, um sich vor der internationalen Presse bei israelischen Soldaten für deren Gaza-Einsatz zu bedanken. „Nach seiner Ansprache stellte er sich den Fragen der Reservisten, die ihre Familien und ihre Arbeit verließen, um in den Krieg zu ziehen. Sie wollten wissen, ob ihr Einsatz denn auch Sinn mache". „Ist es denn sicher, dass die Hamas nach dem Krieg nicht mehr operationsfähig ist?", fragte ein Soldat seinen Präsidenten. „Oder wird es so sein wie mit Hisbollah, die trotz des Kriegs 2006 heute noch weiter existiert und eine Bedrohung Israels ist?" Die Antwort von Shimon Peres lautete: „Hier geht es nicht um Hamas oder Hisbollah. Hier geht es um den Iran." *(alle Zitate aus: www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29539/1.html)*

Richard Falk bilanziert: „Zwei Schlüsse sind daraus zu ziehen: Die Menschen in Gaza werden streng bestraft aus Gründen, die weitab von den Raketen und der Frage der Grenzsicherheit liegen, scheinbar um die Wahlchancen der gegenwärtigen Führer zu verbessern, denen jetzt eine Niederlage bevorsteht, und um andere in der Region zu warnen, dass Israel übermächtige Gewalt einsetzen wird, wann immer seine Interessen bedroht sind."

Anmerkungen zu regionalen und geopolitischen Hintergründen

Vor allem die Regierungen in Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien unterstützen überwiegend die Fatah im Bruderkampf gegen Hamas, weil sie den wachsenden Einfluss Irans in der Region eindämmen möchten – wenngleich auch vor allem Ägypten und Saudi-Arabien Versuche zur Beilegung des innerpalästinensischen Bruderkrieges unternommen haben. Israel wusste schon vor dem Angriff, dass sich der Protest aus den genannten arabischen Nachbarstaaten beim Sturz der Hamas in Grenzen halten würde. Die Operation „Gegossenes Blei" hat so auch zu einer Spaltung innerhalb der arabischen Liga geführt, ebenso zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen dem schiitisch-persischen Iran und den beiden wichtigsten sunnitisch-arabischen Ländern der Region, Saudi-Arabien und Ägypten. Die Regierung in Kairo möchte nicht in die „israelische Falle" tappen und durch die Öffnung der Rafah-Grenze die Verantwortung für den Gazastreifen übernehmen, die Israel am liebsten abschieben würde.

Nach dem Absturz der US-Regierung als alleiniger Supermacht wegen des Irak- und Afghanistan-Desasters inklusive eines Haushaltsdefizits von 1,2 Billionen US-Dollar spielt das rohstoffreiche Russland – insbesondere auch nach dem Georgien-(Pipeline-Interessen)-Krieg – eine zunehmend wichtigere Rolle im Nahen und Mittleren Osten, wo Moskau über Länder wie Syrien oder Iran seine geostrategischen Interessen wahrt. Die Bombardierung des Gazastreifens trägt somit auch einige Züge eines Stellvertreterkrieges wie in den Zeiten des „Kalten Krieges", ausgelöst letztendlich durch die US-Invasion 2003 im Irak, ohne die Iran nicht zu seiner derzeitigen Stärke

als aufsteigende Regionalmacht und Widerpart Israels gekommen wäre.

Zur historischen Einordnung des Gazakrieges

„In weniger als zwei Wochen wurden Hunderttausende Palästinenser aus ihren Dörfern, Gemeinden und Städten vertrieben. ... Hilfe kam auch nicht von den UN-Beobachtern, die im Land unterwegs waren und die Barbarei und das Morden ‚beobachteten', aber nicht willens oder in der Lage waren, dagegen einzuschreiten. Ein UN-Emissär war anders: Graf Folke Bernadotte war am 20. Mai in Palästina eingetroffen und blieb, bis jüdische Terroristen ihn im September ermordeten, weil er es ‚gewagt' hatte, eine Neuaufteilung des Landes in zwei Hälften vorzuschlagen und die uneingeschränkte Rückkehr sämtlicher Flüchtlinge zu fordern". *(S. 212)*

„‚Die Dörfer vollständig vom Feind säubern', lautete der Befehl an drei Brigaden am 6. Juli, zwei Tage bevor die israelischen Truppen – die ungeduldig darauf brannten, die Säuberungen fortzusetzen – Befehl erhielten, die erste Waffenruhe zu brechen. Den jüdischen Soldaten war sofort klar, dass mit dem ‚Feind' wehrlose Palästinenser und ihre Familien gemeint waren." *(S. 214)*

„Israel setzte seine Luftwaffe ein, um den Widerstand zu brechen. ... Unsere Truppen sammelten 200 Leichen ein, viele davon Zivilisten, die durch unsere Bombardierung getötet wurden." *(S. 222)*

„Solche Szenen beobachteten die wenigen ausländischen Journalisten, die an jenem Tag in der Stadt waren. Zwei von ihnen waren Amerikaner, die die israelischen Truppen offenbar eingeladen hatten, sie bei dem Angriff zu begleiten." *(S. 225)*

„Die israelische Luftwaffe warf 10.000 Flugblätter ab, die die Bevölkerung aufriefen, sich zu ergeben, ohne allerdings Schutz vor Vertreibung zu versprechen." *(S. 240)*

„...Obwohl es hier und da zu Zusammenstößen mit der israelischen Luftwaffe kam, die erbarmungslos und vielleicht zwecklos Rafah, Gaza und El-Arish bombardierte. Somit hat die Bevölkerung von Gaza – Alteingesessene ebenso wie Flüchtlinge – schon am längsten unter israelischen Bombenangriffen aus der Luft zu leiden, nämlich von 1948 bis heute." *(S. 257)*

„Tausende Palästinenser wurden bestialisch von israelischen Soldaten aller Schichten, Ränge und Altersgruppen ermordet. Trotz der überwältigenden Beweise wurde keiner dieser Israelis je wegen Kriegsverbrechen verurteilt." *(S. 261)*

Diese Zitate stammen aus dem Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas" *(Frankfurt 2007)* des israelischen Historikers Professor Illan Pappe und beziehen sich auf die Vorgänge in Palästina in den Jahren 1947/48, als die Hälfte der damaligen palästinensischen Bevölkerung systematisch vertrieben wurde – knapp 800.000 Menschen.

Im Gegensatz zu Graf Folke Bernadotte wurde der derzeitige UN-Sonderbeauftragte Professor Richard Falk im Auftrag der israelischen Regierung im Jahre 2008 „nur" festgenommen und ausgewiesen.

Ohne Illan Pappe gelesen zu haben ist die Kontinuität der mehr als 60 Jahre andauernden Vertreibung und Entmenschlichung der Palästinenser kaum zu verstehen und historisch einzuordnen. Sein Buch ist ein Meilenstein der Aufklärung und wird noch eine sehr große Wirkungsgeschichte nach sich ziehen – auch wenn er selbst schreibt: „Ich gebe mich keinerlei Illusion hin, dass es mehr als das vorliegende Buch brauchen wird, um eine Realität zu verändern, die ein kolonisiertes, vertriebenes und besetztes Volk dämonisiert und das Volk glorifiziert, das es kolonisiert, vertrieben und besetzt hat." *(S. 241)*

Ausblick mit Uri Avnery

Noch im letzten Sommer hatte Uri Avnery, Träger des alternativen Nobelpreises und einer der schärfsten Analytiker der israelischen Friedensbewegung, eine Vision, wie ein neuer Anfang zwischen Israelis und Palästinensern aussehen könnte:

„Ich glaube," schrieb er, „ein Friede zwischen uns und dem palästinensischen Volk – ein wirklicher Friede, basierend auf wirklicher Versöhnung – beginnt mit einer Entschuldigung. Ich stelle mir den Staatspräsidenten oder den Premierminister vor, wie er in einer außerordentlichen Sitzung der Knesset folgende historische Rede hält:

Sehr verehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder der Knesset, im Namen des Staates Israel und all seiner Bürgerinnen und Bürger wende ich mich heute an die Söhne und Töchter des palästinensischen Volkes, wo immer sie sich befinden. Wir erkennen die Tatsache an, dass wir gegen Sie eine historische Ungerechtigkeit begangen haben und wir bitten Sie in aller Demut um Vergebung. (...) Jerusalem, das uns allen am Herzen liegt, muss zur Hauptstadt unserer beider Staaten werden – West-Jerusalem mit der Klagemauer als Hauptstadt Israels, Ost-Jerusalem mit dem Haram Al Sharif als Hauptstadt Palästinas. Das arabische Jerusalem soll das Ihrige sein, das jüdische Jerusalem das unsrige. Lassen Sie uns zusammenarbeiten, um diese Stadt, eine lebendige Wirklichkeit, offen und vereint zu erhalten. Wir werden die israelischen Siedlungen evakuieren, die lhnen so viel Leid und Unruhe bereitet haben, und die Siedler nach Hause holen, ausgenommen die kleinen Areale, die Israel im Rahmen der freiwillig getroffenen Vereinbarungen von Territorialtausch zugesprochen werden. Wir werden ebenso alle Konstruktionen der Besatzung abbauen, die materiellen wie die institutionellen. Wir müssen mit offenem Herzen und gesundem Menschenverstand eine gerechte Lösung für die schreckliche Tragödie der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen suchen und finden. Jede Familie muss frei zwischen den verschiedenen Möglichkeiten wählen können: Rückkehr und Wiedereingliederung in den Staat Palästina mit großzügiger Unterstützung, am jetzigen Wohnort bleiben oder Emigration in ein Land ihrer Wahl, ebenso mit großzügiger Unterstützung, oder, ja, für eine von uns akzeptierte Anzahl von Menschen, Rückkehr in israelisches Territorium. Es ist wichtig, dass die Flüchtlinge an all unseren Bemühungen als volle Partner teilhaben. (...) Dem Frieden verpflichtet und im Gelöbnis, unseren Kindern und Enkeln eine bessere Zukunft zu schaffen, wollen wir uns erheben und uns verneigen im Andenken an die zahllosen Opfer unseres Konflikts. Juden und Araber, Israelis und Palästinenser – ein Konflikt, der schon zu lange währt."

Kann es eine solche Rede nach dem jüngsten Gaza-Massaker überhaupt noch geben? Nach diesem Krieg wird es sehr viel Zeit brauchen, bis die neu geschlagenen Wunden und Traumatisierungen im palästinensischen Volk wie im gesamten arabischen und muslimischen Raum heilen werden.

Handlungsperspektiven

Es liegt auch an der so genannten Zivilgesellschaft, ob Deutschland – insbesondere mit seiner derzeitigen Regierung – weiterhin Teil des Problems bleibt oder

Teil der Lösung der Nahostfrage wird. Möglichkeiten des Engagements für eine gerechte Nahost-Friedenslösung sind u.a.:

■ Verhindern wir durch politischen Druck die weitere Auslieferung von U-Booten an Israel, die atomar umgerüstet Iran oder Pakistan bedrohen.

■ Das *US Military Sealift Command* hat ein deutsches Schiff mit dem Namen „Wehr Elbe" gechartert, um etwa 1.000 Container mit Waffen und Munition (darunter, so Amnesty International, wahrscheinlich auch Phosphor-Granaten) nach Israel zu transportieren. *(www.amnesty.de/2009/1/16/gaza-konflikt-waffenembargo-lebenswichtig)* Der Transport sollte über Griechenland gehen, wurde aber im Januar nach massivem Protest in Griechenland und der Ankündigung von Gewerkschaften, die Abfertigung des Schiffes zu verhindern, zunächst suspendiert *(siehe Guardian: US suspends munitions delivery to Israel; www.guardian.co.uk/world/2009/jan/ 15/pentagon-munitions-israel-gaza)* Die Waffenlieferung wurde im Sommer 2008 angeordnet und im Oktober genehmigt. Nach Angaben des Pentagon-Sprechers Patrick Ryder soll die Munition in US-Depots in Israel für US-Truppen eingelagert werden. Die israelischen Streitkräfte haben Zugriff auf die US-Munitionslager. Die britische Sektion von Amnesty International hat eine Kampagne gestartet, bei der man Briefe an den britischen Außenminister und den UN-Sicherheitsrat schicken kann, mit der Forderung, die Lieferung durch internationalen Druck zu stoppen. Diese kann online verschickt werden: *www.amnesty.org.uk/actions_details. asp?ActionID=558*

■ Unter *www.PetitionOnline.com/EAFORD09/* kann man durch seine Unterschrift die Forderung nach der Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes unterstützen, der die Politik der israelischen Regierung im Zusammenhang mit der Gazablockade und dem Krieg untersucht.

■ Unterstützen wir die Kampagne gegen die völkerrechtswidrige Mauer- und Grenzzaunanlage. *(www.stopthewall.org)*

■ Bilden wir Städte- und Gemeindepartnerschaften zwischen Deutschland und Palästina, ebenso Partnerschaften zwischen Sportvereinen, Schulen und Universitäten, wie es sie längst zwischen Israel und Deutschland gibt.

■ Lassen wir die Opfer im Gazastreifen

nicht im Stich, indem wir z.B. die *Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft* unterstützen, die sich derzeit bemüht, Medikamente an die Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen zu schaffen. *(www.gaza.falastin.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1&Itemid=4)*

■ Unterstützen wir die Free-Gaza-Bewegung, die mit einem weiteren Schiff voller Hilfsgüter versucht, die See-Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. *(www.freegaza.de)*

■ Der Stockholmer Stadtrat hat einen U-Bahn-Auftrag in Höhe von 3,5 Milliarden Euro mit der französischen Firma Veolia gekündigt, der noch acht Jahre gelaufen wäre, weil diese ein Straßenbahnsystem zwischen Jerusalem und Siedlungen im besetzten Westjordanland baut – und damit gegen Völkerrecht verstößt. Die Entscheidung kam durch Tausende von Unterschriften an den Stadtrat zustande. Setzen wir auch andere Firmen unter Druck, die mit der illegalen Besatzung Geschäfte machen. *(vgl. www.diakonia.se)*

■ Unterstützen wir die Friedens- und Menschenrechtsarbeit auf beiden Seiten des Konflikts. *(vgl. Der Israel-Palästina-Konflikt, www.koop-frieden.de)*

■ Tun wir das unsere dazu, dass neben dem Staat Israel endlich auch das palästinensische Volk einen lebensfähigen Staat in sicheren Grenzen erhält.

Persönliches Schlusswort

Durch den fortwährenden Bau neuer Siedlungen im Westjordanland haben sich alle israelischen Regierungen seit 1967 in eine Sackgasse manövriert: Würden diese Siedlungen zu einem größeren Teil geräumt oder nach dem Modell der Genfer Initiative von 2003 ein Gebietstausch vereinbart, bestünde für den Nahen Osten die Chance auf einen dauerhaften Frieden. Gleichzeitig aber würde vermutlich ein Teil der knapp 500.000 Siedler sich mit vehementer Gewalt gegen eine Umsiedlung wehren und so einen innerisraelischen Bürgerkrieg anzetteln, vor dem bisher noch alle israelischen Regierungen zurückgeschreckt sind. Die Diplomatie-Kunst der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird darin bestehen, Israel aus dieser Sackgasse herauszuhelfen.

Bei meinen Besuchen in Israel und Palästina der letzten Jahre ist mir aufgefallen, dass Freundinnen und Freunde der israelischen Friedensbewegung „Bilder" benutzen, um etwas in ihrem Land zu erklären, was kaum zu verstehen ist. Während Vergleiche hinken, können Bilder zuweilen tiefere Zusammenhänge erschließen, die allein mit dem Verstand nicht mehr begreifbar sind. Ich möchte zwei dieser „Bilder" benennen:

Ein israelischer Freund sagte mir: „Mein Land kommt mir manchmal vor wie ein randalierender Jugendlicher, dem niemand von außen eine Grenze setzt, weil er eine sehr schwere Kindheit gehabt hat."

Ein anderer Freund sagte mir: „Wenn Israel kein Staat, sondern eine Person wäre, würde diese vermutlich von einem Psychologen umgehend in eine Klinik zur Heilung eingewiesen, damit sie andere und sich selbst nicht mehr länger gefährdet".

Damit nicht mit Macht zurückkehrt, was verdrängt wird (Elie Wiesel), braucht es sehr viel Mut, sich der eigenen Geschichte mit all ihren Schattenseiten zu stellen – in Deutschland ebenso wie in Palästina und in Israel.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

ZC

Waffenschmiede Heckler & Koch feiert 60. Geburtstag – unter Protest der Friedensbewegung!

Gewehre für Nato-Krieger und Diktatoren/Von Jürgen Grässlin

Im Jahr 2009 „feiert" nicht nur die Nato ihr 60-jähriges Bestehen, sondern auch einer ihrer wichtigsten Waffenlieferanten: Am 28. Dezember 1949 wurde die Oberndorfer Waffenfirma Heckler & Koch (H&K) gegründet, heute Europas größter Gewehr- und Pistolenhersteller. Dabei ist H&K **das** deutsche Unternehmen, mit dessen Waffen nach dem Zweiten Weltkrieg die meisten Menschen getötet oder verstümmelt worden sind – bei Kampfeinsätzen der Nato, in Kriegen und in Bürgerkriegen in aller Welt. Möglich wurde dieses Szenario durch 15 Lizenzvergaben für das Schnellfeuergewehr G3 und fast ebenso viele für die Maschinenpistole MP5 und andere H&K-Waffen. Das tödliche G3-Szenario vergangener Jahrzehnte wiederholt sich mit dem neuen, noch treffsicheren G36. Spanien besitzt bereits eine G36-Lizenz zum Nachbau, viele Armeen, Spezialeinheiten und Polizeien setzen G36 bei ihren Kampfeinsätzen ein – z.B. im Irak, in Afghanistan, in Georgien, Nepal, dem Libanon und vielen weiteren Ländern.

60 Jahre Heckler & Koch: Kein Grund zum Feiern! sagt die Friedensbewegung und ruft 2009 zur Teilnahme an den Informationsveranstaltungen und Aktionen gegen die menschenverachtenden H&K-Rüstungsexporte auf.

2009 – das Jahr der H&K-Gegenveranstaltungen

Um den Protest gegen die menschenverachtenden Rüstungsexporte von H&K und die grenzenlose Genehmigungspolitik von Waffenlieferungen seitens der Bundesregierung kundzutun, veranstaltet die Friedensbewegung 2009 die umfassende Informations- und Aktionskampagne „60 Jahre Heckler & Koch: Kein Grund zum Feiern!" Das Ziel ist der Stopp aller Rüstungsexporte und letztlich die Umstellung auf eine sinnvolle zivile Produktion bei H&K.

Die Auftaktveranstaltungen finden am 6. und 7. März in Rottweil und Oberndorf statt. Über das Jahr hinweg werden Vorträge und Lesungen, Kunstevents und Theateraufführungen im Kreis Rottweil und in mehreren baden-württembergischen Städten folgen. Im Dezember 2009, dem Monat des H&K-Firmenjubiläums ist in Oberndorf eine Traueraktion zum Gedenken an die Opfer des H&K-Waffeneinsatzes geplant.

Auftaktveranstaltungen
Freitag, 6. März, 20 Uhr im Adolph-Kolping-Gemeindehaus, Waldtorstr. 8 in Rottweil: Vortrag mit Diskussion zum Thema „60 Jahre Heckler & Koch: Kein Grund zum Feiern!" mit Jürgen Grässlin
Samstag, 7. März, ab 12 Uhr am Bahnhof Oberndorf: Demonstration „Maskerade des Todes", Kundgebung und Kulturprogramm in Oberndorf. Bitte in schwarzer Kleidung kommen, Kreuze und Särge für den Trauermarsch mitbringen!
Veranstalter: Fachkreis der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben, DFG-VK, RIB e.V., Pax Christi und mehrere lokale Initiativen im Raum Rottweil/Oberndorf

60 Jahre H&K – eine Firmengründung mit tödlichen Folgen

Die Waffenproduktion blickt in Oberndorf am Neckar auf eine nunmehr fast zweihundertjährige Tradition zurück. Im November 1811 begann der Umbau des säkularisierten Augustinerklosters zur „Königlichen Waffenfabrik", bald darauf wurde die Gewehrfabrikation aufgenommen. Im Jahr 1872 gründeten die Brüder Wilhelm und Paul Mauser die Firma Gebrüder W. & P. Mauser.

Bis zur Gründung der Heckler & Koch GmbH durch die vormaligen Mauser-Mitarbeiter Edmund Heckler, Theodor Koch und Alex Seidel sollten mehr als eineinhalb Jahrhunderte vergehen. Am 28. Dezember 1949 – im Jahr der Nato-Gründung – erfolgte der Eintrag der Oberndorfer Waffenschmiede ins Handelsregister. Gleich in den Gründerjahren arbeitete H&K eng mit Scheindemokraten und Diktatoren zusammen. Im Jahr 1951, als die Waffenproduktion in Deutschland noch verboten war, erfolgte die Vorführung des ersten Prototyps für das spätere G3-Schnellfeuergewehr vor dem spanischen Diktator Francisco Franco. Im Jahr danach wurde die Firmenzentrale aus dem engen Neckartal in die in der Oberstadt gelegene frühere Adolf-Hitler-Siedlung, den heutigen Stadtteil Oberndorf-Lindenhof, verlegt, wo bis heute der Stammsitz des Unternehmens ist. Mit dem Aufbau der Bundeswehr erwarb der Bund 1958 die G3-Lizenz, auf deren Basis das Schnellfeuergewehr entwickelt wurde. 1961 erfolgte die erste G3-Lizenzvergabe an das Regime des portugiesischen Diktators Salazar.

Lizenzvergaben und Direktexporte – H&K-Waffen auf den Schlachtfeldern der Welt

In einer CDU/CSU-SPD-FDP-Allparteienkoalition vergaben die Bundesregierungen in den sechziger und siebziger Jahren fünfzehn G3-Lizenzen zum Nachbau des Schnellfeuergewehrs an Portugal (1961), Pakistan (1963), Schweden (1964), Norwegen (1967), Iran (1967), Türkei (1967), Saudi-Arabien (1969), Frankreich (1970), Thailand (1971), Brasilien (ca. 1976), Griechenland (1977) und Mexiko (1979). Weitere G3-Lizenzen erhielten Myanmar/Birma, die Philippinen und Malaysia. Kein anderes Gewehr kann derart viele Lizenzvergaben verzeichnen. Damit tragen die Bundesregierungen, gleich welcher parteipolitischen Couleur, massiv Mitschuld an der Globalisierung des Handfeuerwaffenmarktes. Die Bundesregierung unter Kanzler Kohl bestätigte Ausfuhrgenehmigungen „für G3-Gewehre bis 1988 für über 80 Staaten". Gemessen an der Zahl offiziell bestätigter Empfängerländer ist die Heckler & Koch GmbH damit deutscher Rüstungsexportmeister.

Neben dem G3 gehört vor allem die Maschinenpistole MP5 zur, so die Firmensprache, „Waffenfamilie". So ist auch das Ergebnis der MP5-Direktexporte und -Lizenzvergaben an neun Staaten dramatisch: Ganz offiziell schießen heute Sicherheitskräfte in mindestens 61 Staaten mit dem so genannten »Mercedes« unter den Maschinenpistolen. Anders als beim G3 hat H&K als MP5-Lizenzgeber diese -vergaben zu verantworten. Die Brüche der Endverbleibserklärungen und Re-Exporte an Drittstaaten durch den türkischen MP5-Lizenznehmer MKEK hat bis zum heutigen Tag keinerlei rechtliche Folgen nach sich gezogen. Beim Rechtsbruch dieser Art drücken die Verantwortlichen der Firma und der Bundesregierung offenbar beide Augen zu.

Alle 14 Minuten stirbt ein Mensch durch eine H&K-Waffe

Das Ergebnis dieser jahrzehntelangen Rüstungsexport- und Lizenzvergabepolitik von H&K und den Bundesregierun-

Foto: Stefan Philipp

gen ist katastrophal. Seither schießen Soldaten und Kindersoldaten, Polizeien, Terroristen und Guerillaeinheiten in Staaten wie Somalia, dem Sudan, in Uganda, der Türkei, Mexiko, dem Iran, dem Irak und in vielen weiteren Krisen- und Kriegsgebieten mit G3, MP5 und anderen H&K-Waffen, von denen mehr als 11 Millionen weltweit im Einsatz sind. Durchschnittlich alle vierzehn Minuten stirbt ein Mensch durch eine Kugel aus dem Lauf einer Heckler & Koch-Waffe. Mehr als 1,5 Millionen Menschen sind bis zum heutigen Tag mit H&K-Waffen erschossen, weit mehr verwundet und verstümmelt worden.

Unzählige Menschen führen als körperlich Verstümmelte oder psychisch Traumatisierte ein schwer belastetes Leben. Vielen von denen, die den Beschuss mit H&K-Waffen überlebt haben, fehlen Gliedmaßen oder sie tragen Kugeln bzw. deren Splitter im Körper.

Die immense Zahl der H&K-Opfer macht deutlich: Heckler & Koch ist das Unternehmen, dessen Produkte seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland die meisten Verstümmelten und Toten zur Folge hatten.

Doch die meisten Opfer leben auf anderen Kontinenten und bleiben unbekannt. Ein Schuss aus einem H&K-Waffe reicht aus, einen Menschen von einer Sekunde zu andern zeitlebens zum Krüppel zu machen. Die meisten Opfer können aufgrund ihrer Traumatisierung nicht einmal sagen, mit welcher Waffe sie verstümmelt wurden. Das Schicksal des somaliländischen Teehausbesitzers Abdirahman Dahir Mohamed bildet die Ausnahme: Er ist im Besitz des G3-Gewehres, mit der ihm das rechte Bein abgeschossen worden ist. Wegen des daraus resultierenden Knochenfraßes muss sein Oberschenkelknochen immer weiter abgesägt werden. *(Jürgen Grässlin: Versteck dich, wenn sie schießen. München 2003, S. 138 ff.)*

Foto: Jürgen Grässlin

G3-Opfer: Abdirahman Dahir Mohamed aus Somaliland

Fortsetzung des G3-Desasters mit dem G36

Geht es nach dem Willen der H&K-Geschäftsführung und der Bundesregierung, dann kann das Morden mit deutschen Gewehren auch in Zukunft fortgesetzt werden. Den Jahren des G3-Desasters folgen nunmehr die des noch treffgenaueren G36.

Das G3-Nachfolgegewehr zeichnet sich durch eine um rund 50 Prozent erhöhte Feuerkraft und ein spürbar geringeres Gewicht aus und bietet Soldaten im Kampfeinsatz einen entscheidenden Vorteil bei der Beweglichkeit. Anfang 1999 dürften bei der H&K-Geschäftsführung die Sektkorken geknallt haben. Denn das Unternehmen erhielt die Zusage, dass das zuerst bei den „Krisenreaktionskräften" der Bundeswehr eingeführte G36 nunmehr auch als Standardwaffe der spanischen Streitkräfte beschafft werden würde. Die ersten dieser 15.000 G36E – das „E" steht für Export – wurden noch in Oberndorf gefertigt, die folgenden 100.000 Exemplare bereits bei der *Empresa Nacional Santa Barbara* in Galizien.

Zu den G36-Nutzern sollen neben Bundeswehr, Bundespolizei und SEK in Deutschland auch Streitkräfte, Polizeien, Spezial- oder Grenzschutzeinheiten in Albanien, Australien, Brasilien, Chile, Estland, Frankreich, Finnland, Georgien, Indonesien, Irland, Italien, Jordanien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Malaysia, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Thailand, Uruguay, Großbritannien, USA und Zypern zählen. *(www.wikipedia.net, Stichwort „G36", Stand 04.02.2009)*

Weltweit Aufmerksamkeit erregte im Juni 2001 der Fall der Ermordung des nepalesischen Königs durch den Kronprinzen Dipendra, der seinen Vater und mehrere Mitglieder der Königsfamilie mit einer G36-Testwaffe erschoss. In der Folge stoppte der geheim tagende Bundessicherheitsrat die von Heckler & Koch intendierte Lieferung von 65.000 (!) G36E-Gewehren ins Bürgerkriegsland Nepal. *(Grässlin, a.a.O., S. 411 ff.)* Mittlerweile sind auch die ersten Kriegsfotografien regulärer nepalesischer Regierungseinheiten mit G36 aufgetaucht.

Bis heute ungeklärt ist der Fall illegaler G36-Lieferungen an Georgien. Im letzten August konnten Friedensgruppen wie RIB, Bits und die DFG-VK, den vielfachen Einsatz von G36-Gewehren durch georgische Spezialeinheiten in den kriegerischen Auseinandersetzungen mit russischen Streitkräften fotodokumentarisch nachweisen. H&K bestreitet jegliche Verwicklung in den Exportskandal, die Bundesregierung hat eine Aufklärung dieses illegalen Rüstungsexports bis zum heutigen Tag unterlassen. Dabei wäre Aufklärung leicht: Das Bundeswirtschaftsministerium müsste sich lediglich von der befreundeten georgischen Regierung die Produktions- und Beschussnummern der G36 geben lassen. Offenbar scheut die Bundesregierung Verwicklungen mit einem befreundeten Staat und nimmt dafür die Verletzung der eigenen Exportgesetze in Kauf. *(Nähere Informationen unter www.rib-ev.de seit August 2008)*

Neueste Erkenntnisse belegen zudem den Einsatz von G36-Gewehren bei Elitepolizeien im Libanon, eines Staats, der gemeinhin nicht als ein Ort des Friedens gilt. Das G36-Desaster nimmt seinen Lauf.

Terroristen schießen mit H&K-Waffen

Längst ist nicht mehr zu trennen, wer Jäger und wer Gejagter, wer Demokrat, Scheindemokrat oder Diktator, wer Terrorist und wer Terroristenjäger ist. Eines aber verbindet sie alle: Sie schießen mit Vorliebe mit den treffgenauesten Mordinstrumenten der Welt – Waffen, die hier bei Heckler & Koch in Oberndorf am Neckar entwickelt worden sind oder werden.

Aufgrund ihrer Treffgenauigkeit sind Heckler & Koch-Waffen bei Terroristen äußerst beliebt. Bereits in den achtziger Jahren mordete die *Rote Armee Fraktion* mit H&K-Handfeuerwaffen, das RAF-Logo zierte eine MP5-Maschinenpistole. Guerillaorganisationen wie der peruanische *Sendero Luminoso*, die kolumbianische *Farc*, der militärische Arm der kurdischen Untergrundorganisation *PKK* und die maoistische Guerilla in Nepal schossen bzw. schießen mit H&K-Waffen auf Regierungseinheiten, die das Feuer ihrerseits oftmals mit ganz legal gelieferten H&K-Gewehren erwiderten.

In den letzten Jahren erreichten uns immer wieder Fernsehbilder der notleidenden und hungernden Menschen im Sudan. Diese wurden von den Janjaweed und den Rebellen mit Waffengewalt terrorisiert. Die Mörderbanden hielten den westlichen TV-Kameras ihre Gewehre entgegen, wobei klassischerweise zwei Gewehrtypen erkennbar waren: die Kalaschnikow und das G3.

Im März 2003 wurde der serbische Ministerpräsident Goran Djindjic Opfer eines Attentats mit einem G3-Scharfschützengewehr. In den neunziger Jahren nahmen palästinensische Untergrundkämpfer mit ihren MP5-Maschinenpistolen Rache an israelischen Soldaten für deren Angriffe. Aktuelle Fotodokumente belegen den Einsatz von MP5-Maschinenpistolen bei Hamas-Kämpfern im Gaza-Streifen Anfang des Jahres. Zudem belegen Fotografien Exekutionen seitens der Taliban im Grenzgebiet zu Afghanistan.

Sollte den H&K-Exportwünschen seitens der Bundesregierung kein Riegel vorgeschoben werden, so werden das G3 und MP5 als klassische Terroristenwaffen zukünftig durch das G36 und P7 ersetzt werden – in den Händen von Nato-Soldaten und Polizeien, Guerillaeinheiten und Terroristen. Gerade für Kindersoldaten dürfte die neue H&K-Waffengeneration von Interesse sein. Kindersoldaten schießen mit G3-Gewehren, allerdings sind die alten G3 zu schwer, um zur Standardwaffe der Jugendlichen zu werden. Ein Problem, das sich lösen lässt, denn die neue Generation von H&K-Waffen zeichnet sich nicht nur durch eine wesentlich höhere Treffgenauigkeit gegen „Weichziele" – so die H&K-Werbung bezüglich menschlichen Opfern – aus, sondern auch durch eine spürbare Gewichtsverringerung.

Dass legal gelieferte Waffen durch Re-Exporte an Drittstaaten, Schwarzmarktverkäufe und Beutefänge kurzerhand in die falschen Hände geraten, ist unbestreitbar. Sind Waffen exportiert, so ist deren Verbreitung und Einsatz unkontrollierbar. Wer dieses Szenario verhindern will, muss einen vollständigen Stopp aller Rüstungsexporte fordern.

Im Jahr 2000: Schwerstbehindertenpreis für Heckler & Koch

An Absurdität schwerlich überbietbar ist die Tatsache, dass Heckler & Koch im Jahr 2000 den „Deutschen Arbeitsplatzinvestor-Preis" in der Kategorie „Schwerbehinderte" zugesprochen bekam. Der Offenbacher Künstler Bernd Fischer verkündet bis heute auf seiner Website *www.fischerkuenstler.de*: „Dieses Werk sollte als Auszeichnung für die meisten für Menschen mit schweren Behinderungen geschaffenen Arbeitsplätze verliehen werden". Auf der 32 x 90 x 2,3 cm großen Bildtafel, gestaltet als Siebdruck auf Aluminium, findet sich neben dem Namen des Rüstungsproduzenten und -exporteurs Heckler & Koch GmbH eine Äußerung des ehemaligem Bundespräsidenten, visualisiert in einem für Gehörlose entwickelten Alphabet.

Gäbe es einen Preis für das Unternehmen aus Deutschland, dessen Pro-

„Die Qualität einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht."

... und auch darin, ob sie sich für weltweite Gerechtigkeit einsetzt oder für durch Rüstungsexporte bewirkten Mord und Totschlag.

Das Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann ziert – visualisiert in einem für Gehörlose entwickelten Alphabet – die Bildtafel, von der eine Kopie in der Eingangshalle des Bundesarbeitsministeriums in Berlin hängt.

dukte weltweit die meisten Behinderten oder Kriegskrüppel bewirkt haben – diesen auszurufen wäre eine löbliche Aufgabe der Friedens- und Menschenrechtsbewegung –, so sollte dieserHeckler & Koch und den Lizenznehmern der H&K-Waffen zugesprochen werden.

Denn neben der Zahl von mehr als 1,5 Millionen Toten haben der Oberndorfer Waffenexporteur und die Lizenznehmer auch die weitaus höhere, jedoch kaum ermittelbare Anzahl – niemand weiß, ob es sich um zwei oder fünf Millionen Menschen handelt – Behinderte zu verantworten. Ganz offensichtlich haben sich die Bundesanstalt für Arbeit und der Wirtschaftsclub Rhein-Main bei ihrer Preisverleihung um das Schicksal deutscher „Schwerstbehinderter" gesorgt, nicht aber um das der H&K-Waffenopfer auf den Schlachtfeldern in Afrika, Asien oder Lateinamerika.

Christliche Waffen, teuflische Wirkung

Begriffe wie „Kleinwaffenlieferant" und „Gewehrexporteur" verharmlosen das, was sich mit den von Heckler & Koch entwickelten Pistolen, Maschinenpistolen und Gewehren seit Jahrzehnten auf den Schlachtfeldern der Welt abspielt. Kein anderer Waffentyp ist aus Sicht der Militärs derart „effizient" wie die so genannten „Kleinwaffen". Von 100 Toten und verletzten Zivilisten fallen durchschnittlich fünf dem Einsatz von Großwaffensystemen zum Opfer. Die weiteren 95 Toten und Verletzten werden von Handgranaten (2), Mörsern und anderen Artilleriewaffen (10 Prozent), Faustfeuerwaffen wie Pistolen und Revolvern (10), und Landminen (10) getroffen. Das Gewehr ist die Killerwaffe Nummer 1, mit dessen Einsatz werden rund zwei Drittel (63) aller Opfer verwundet oder erschossen. Diese Schätzungen beruhen auf einer Untersuchung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, das sich dabei auf 41 Konfliktgebiete der neunziger Jahre bezieht. Deutschland ist weltweit einer der führenden Hersteller, Exporteure und Lizenzgeber im Gewehrbereich. Die Heckler & Koch GmbH ist Deutschlands – und auch Europas – führender Pistolen- und Gewehrproduzent. *(Grässlin, a.a.O., S. 535 f.)*

Dass die CDU/CSU/SPD-geführte Bundesregierung aus alledem nicht gelernt hat oder andere Prioritäten als Frieden und Gerechtigkeit setzt, belegt der im vergangenen Dezember publizierte „Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2007" (Rüstungsexportbericht 2007). Dieser dokumentiert einen exorbitanten Anstieg von Kleinwaffenexporten. Allen voran die Kleinwaffenexporte in die äußerst bedenklichen „Drittländer" haben sich von 2006 – damals bereits ein Rekordwert – von 15,6 Millionen Euro auf 30,2 Millionen Euro verdoppelt. *(Rüstungsxportberiht 2007, S. 45)*

Offizielle Begründungen wird man für diese H&K-Politik nicht finden. Offensichtlich ist jedoch die jahrzehntelange parteiübergreifende Unterstützung für die Waffenschmiede seitens der jeweiligen Wahlkreisabgeordneten. Sie reicht vom früheren Schramberger FDP-Abgeordneten Martin Grüner, der jahrelang zahlreiche kritische Bundestagsanfragen im Namen der Bundesregierung und im Sinne des Unternehmens abwiegelte, über den langjährigen SPD-Abgeordenten Klaus Kirschner, vormals Beschäftigter von Heckler & Koch, bis hin zum CDU-Abgeordneten Volker Kauder, zugleich Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mit der „Christlich" Demokratischen Union verbindet die Waffenschmiede eine lange und intensive Liaison, die u.a. von H&K-Inseraten in CDU-Wahlkampfzeitschriften über die zahlreichen Werksbesuche von CDU-Größen auf dem Lindenhof bis hin zu Waffenbeschaffungsaufträgen der Bundesregierung reichen – letztere offiziell ohne jegliche Zusammenhänge zur sonstigen Heckler-Connection.

Gewehre für die Kriege der Nato

Seit einem halben Jahrhundert sind Heckler & Koch-Waffen auf den Schlachtfeldern in aller Welt im Einsatz, das Unternehmen gilt heute als der fünftgrößte Gewehrproduzent. Schuld daran sind neben den Direktexporten auch die Lizenzvergaben an Nato-Staaten. So erhielten Portugal, Griechenland und die Türkei jeweils eine G3- und eine MP5-Lizenz, Frankreich und Norwegen eine G3-Lizenz und Großbritannien eine MP5-Lizenz, wobei in England auch G3-Gewehre gefertigt wurden. Griechenland und Portugal erhielten zudem eine Lizenz für das Maschinengewehr HK21, Griechenland zudem eine Lizenz für die Pistole P7, Italien eine Lizenz für das Sturmgewehr G41, Griechenland eine Lizenz für die Maschinenpistole HK53, Italien und die Türkei Lizenzen für den Granatwerfer 40mm, und Spanien die Nachbaurechte für das G36-Gewehr. Im Zeitraum zwischen 2015 und 2018 wird der Abschluss der Produktion von mindestens 500.000 HK33-Lizenzgewehren als G3-Nachfolger bei MKEK in der Türkei erwartet. *(Grässlin. a.a.O., S. 365, 393 und 395)*

Mehrere Nato-Staaten setzten H&K-Waffen bei Kriegen ein oder exportierten H&K-Lizenzwaffen an andere Staaten. Beispielsweise führte Portugal mit den G3-Lizenzgewehren Kolonialkriege in Afrika, der französische Lizenznehmer exportierte Anfang der 70-er G3 an das diktatorische Regime von Idi Amin in Uganda. Die Türkei führte ihren Bürgerkrieg gegen Kurdinnen und Kurden vornehmlich mit G3- und MP5-Lizenzwaffen und exportierte letztere in den Nahen Osten und nach Indonesien.

Mitte 2006 schloss H&K den Modernisierungsauftrag für 350.000 SA-80-Gewehre der britischen Armee ab, die diese Waffen u.a. im Irakkrieg einsetzte. Auch Spezialeinheiten der US-Army kämpfen mit H&K-Waffen im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak. Gerade bei Nato-Spezialeinheiten finden sich H&K-Waffen an vorderster Front. Auch das *Kommando Spezialkräfte (KSK)* der Bundeswehr, zu dessen Einsatzschwerpunkten Aufklärung, Terrorismusbekämpfung, Kommandokriegsführung zählen, setzt vornehmlich auf H&K-Waffen bei seinen Kampfeinsätzen – auch in Afghanistan. *(KOMMANDO.*

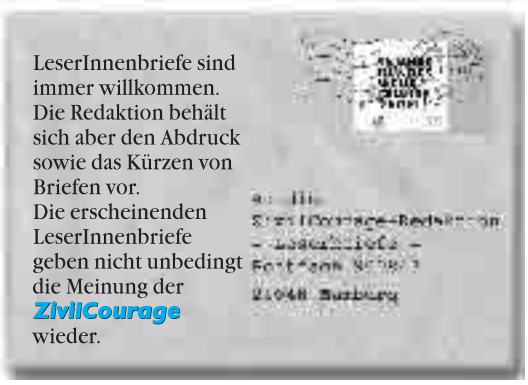
Info- und Werbematerial zu „60 Jahre H&K: Kein Grund zum Feiern"

Gegen eine Spende kann angefordert werden:

- DVD des Films „Keine Kompromisse" zu H&K von Jan-Hauke Hilberg
- DVD des Films „Das G3 im Visier" zu H&K von Peter Ohlendorf
- Faltblatt des DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer"
- Einladungsflugblatt „60 Jahre Heckler & Koch: Kein Grund zum Feiern" zum Vortrag am 6. März in Rottweil und zur Demonstration am 7. März in Oberndorf

Bitte jeweils gewünschte Stückzahl angeben. Bestelladresse: DFG-VK-Materialvertrieb, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart; eMail material@dfg-vk.de

- Abonnement des Kleinwaffen-Newsletters per eMail über www.rib-ev.de
- Das Buch „Versteck dich, wenn sie schießen" ist vergriffen, kann aber auf der Website www.juergengraesslin.com unter dem Stichwort „Buchautor" vollständig nachgelesen werden. Teil I und II zeigen das Schicksal zweier Familien in Somalia und der Türkei auf, die Opfer des Einsatzes von Kleinwaffen, vor allem des G3-Gewehrs, geworden sind. Teil III beleuchtet die Machenschaften von Heckler & Koch.



LeserInnenbriefe sind immer willkommen. Die Redaktion behält sich aber den Abdruck sowie das Kürzen von Briefen vor. Die erscheinenden LeserInnenbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der ZivilCourage wieder.

Zur Panorama-Meldung in Ausgabe 6/2008 „Kirche und Krieg – Zwangsmissionierung geplant“

Der „Lebenskundliche Unterricht“ bei der Bundeswehr soll neu geregelt werden. Bislang war dessen Besuch freiwillig, zukünftig soll er für die SoldatInnen zur Pflicht werden. Der „Bund für Geistesfreiheit“ fordert die DFG-VK auf, sich mit ihm gegen diese Neuerung in der Militärseelsorge zu wenden.

Mir geht die Forderung des „Bundes für Geistesfreiheit“ nicht weit genug. Ich meine, die gesamte Militärseelsorge gehört eingestellt, und das sollte die DFG-VK betonen. Die Kirchen sind mit ihrem christlichen Auftrag aufgerufen, Jesu Lehre der Gewaltlosigkeit zu verbreiten und ihr zu folgen. Mit der Militärseelsorge unterstützen evangelische und katholische Kirche jedoch immer noch die Bundeswehr, also eine Organisation, die dem Führen von Kriegen und damit dem Verstoß gegen das 5. Gebot („Du sollst nicht töten“) dienen soll und ja auch schon gedient hat und dient. Durch die Bereitstellung von Militärpfarrern, die dann von der Bundeswehr bezahlt werden, tragen die Kirchen auch die seit Jahren zunehmende Militarisierung der deutschen Außenpolitik mit, statt dagegen um des Friedens willen aufzubegehren. Ich fühle mich da an das Sprichwort „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“ erinnert.

„Gott will keinen Krieg“ betonen die Kirchen vollkommen richtig. Aber wer das sagt, muss auch deutlich „Nein“ sagen zu Militär und Rüstung. Alle Friedensappelle der Kirchen sind Makulatur, solange sie die Bundeswehr durch die Militärseelsorge unterstützen, statt Soldaten wie allen anderen Menschen Seelsorge durch ortsansässige Gemeindepfarrer und -pastoren anzubieten. Die Kirchen sollten sich fragen, was Jesus wohl zur derzeit praktizierten Form der Militärseelsorge sagen würde. Ich glaube, er würde sich im Grabe umdrehen, wenn er denn darin läge.

Joachim Fischer, aktiv in der DFG-VK-Bremen und Glied der ev. Kirchengemeinde Bremen-Rablinghausen

International Special Operations Magazine. Nr. 1/2009; siehe KSK-Spezial) Die US-Söldnerfirma Blackwater setzte G36-Gewehre im Irak und gleichsam in Afghanistan ein. *(ARD-Magazin Report Mainz am 18.02.2008)* Viele weitere Beispiele ließen sich aufführen.

Profitable Neuaufträge für den „hungrigen Waffenhersteller“

Im diesem Jahr ist Bewegung in die Welt des Waffenherstellers Heckler & Koch gekommen. Grund dafür ist die Geschäftspolitik eines Mannes, von dem es keine aktuellen Fotos gibt. Ganz offensichtlich fürchtet der in London lebende 48-jährige H&K-Geschäftsführer Andreas Heeschen das Licht der Öffentlichkeit. Unter dem vielsagenden Titel „Hungriger Waffenhersteller“ veröffentlichte die Financial Times Deutschland (FTD) im Januar Auszüge aus einem Gespräch mit dem Rüstungsmanager, in dem Heeschen als „im Hintergrund operierender Geschäftsmann“ beschrieben wird, der sich „Sorge um seine Sicherheit“ macht.

Sein beruflicher Werdegang führte ihn nach einigen Semestern Betriebswirtschaft und Jura zur Citicorp und zur Hambros Bank in London, wo er sich nach seinen eigenen Angaben „den Grundstock seiner heutigen Beteiligungen mit Immobilien“ verdiente. Des Weiteren gründete Heeschen die Finanzierungsgesellschaft Pall Mall Capital.

Gemeinsam mit Ernst Mauch, Dr. Dirk Holzknecht und dem britischen Waffenhändler Keith Halsey hatte Heeschen im Dezember 2002 die neue „H&K BeteiligungsGmbH“ gegründet. Mit der Neustrukturierung an der Unternehmensspitze hat inzwischen Heeschen das Sagen bei Heckler & Koch. Seine Beteiligung am insolventen Gartengerätehersteller Wolf-Garten hat er bereits zurückgezogen, das in Wuppertal ansässige Waschmittelunternehmen Luhns, das u.a. Waschmittel für Aldi herstellt, hat er bereits verkauft. Unterstützt wird der Londoner Rüstungsmanager von einem guten alten Bekannten: Waffenhändler Keith Halsey bleibt ein enger Geschäftspartner und Minderheitsgesellschafter bei Heckler & Koch.

Seine verstärkte Zuwendung zum Waffengeschäft bei Heckler & Koch begründet der Rüstungsmanager mit einer sorgfältigen Marktanalyse. Während sich seine Hoffnungen im Rasenmäher- und Waschmittelgeschäft nicht erfüllt hätten, beurteilt er die Konzentration auf den Oberndorfer Waffenproduzenten und -exporteur als vorteilhaft: Nunmehr könne er „alle Ressourcen auf Heckler & Koch konzentrieren“. Angesichts eines Umsatzes von rund 150 Millionen Euro und eines Bestands „von bereits erteilten Aufträgen oder zu erwartenden Aufträgen von etwa 700 Millionen Euro“ (FTD) spielen moralische oder ethische Fragen wohl eine untergeordnete Rolle. Selbst in der im Jahr 2011 anstehenden Rückzahlung einer H&K-Anleihe in Höhe von mehr als 120 Millionen Euro sieht Heeschen angesichts „der aktuellen Geschäftsentwicklung daher kein großes Problem“. *(FTD vom 16.01.2009)*

Während sich die Weltwirtschaft in einer tiefen Rezession befindet, weltweit Aufträge und Arbeitsplätze wegbrechen, bewegen sich die Märkte für den Pistolen- und Gewehrproduzenten Heckler & Koch in die gewünschte Richtung. Der Tod bleibt ein Meister aus Oberndorf.

Jürgen Grässlin ist DFG-VK-Bundessprecher, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB) und Sprecher des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS). Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik; zu den Rüstungsexporten von Heckler & Koch veröffentliche er „Den Tod bringen Waffen aus Deutschland“ und „Versteck dich, wenn sie schießen“. Weitere Informationen im Internet unter www.juergengraesslin.com

Bertha-von-Suttner-Preis 2008

Ausgezeichnete Beiträge – PreisträgerInnen ausgezeichnet/Von Monty Schädel

Anfang Februar fand im Frankfurter Ökohaus die feierliche Übergabe des Bertha-von-Suttner-Kunst-und-Medienpreises 2008 an die Preisträger der drei ausgelobten Kategorien statt. Die Preisträger Uli Preuss (Solingen/Deutschland), Friedensbüro Salzburg (Österreich) und Gabriela Neuhaus/Angelo Scudeletti (Zürich/Schweiz) hatten die Jury bei der Auswahl unter 27 Einreichungen überzeugt. Kriterium für die Auswahl der Jury aus Aktiven der deutschen Friedensbewegung war, so Jurymitglied Monty Schädel, „die Beurteilung nach der Wirkung auf das Publikum und für den praktischen Einsatz in der Friedensarbeit“. Dabei betonte er auch, dass die Auswahl nicht leicht gefal-

len sei und andere Einreichungen ebenso einen Preis verdient gehabt hätten.

Holger Schmidt vom Privaten Friedensinstitut 21 e.V. aus Dortmund verwies in seinen einführenden Bemerkungen bei der Festveranstaltung auf die herausragenden Leistungen der Pazifistin Bertha von Suttner, nach der der Preis benannt wurde. Die Friedensaktivistin hatte zu ihrer Zeit maßgeblichen Anteil an der Formierung einer deutschen und europäischen Friedensbewegung. Mit ihrem Roman „Die Waffen nieder!“ habe sie die schrecklichen Auswirkung des Militarismus und Krieges dargestellt und zur Diskussion friedenspolitischer Alternativen aufgefordert.

Foto: Jürgen Grässlin

Die Preisträger: Hanna Westmann, Hans-Peter Grass, Uli Preuss und Gabriela Neuhaus (v.l.n.r.)

Der Bertha-von-Suttner-Preis, der in diesem Jahr zum zweiten Mal überreicht wurde, war 2005 erstmals aus Anlass der einhundertsten Wiederkehr der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Gründerin der Deutschen Friedensgesellschaft für friedenspolitisch-künstlerisches Engagement ausgelobt und 2006 verliehen worden. Die zweite Auslobung des Friedenspreises, die über das Jahr von Veranstaltungen zum Leben und Wirken der DFG-Gründerin sowie zu aktuellen Kriegen und dem Engagement dagegen begleitet wurde, fand in Zusammenarbeit mit dem Privaten Friedensinstitut 21 statt.

In der Festveranstaltung betonten die Laudatoren die positive Wirkung der gewürdigten Exponate, über unterschiedliche künstlerische Elemente Menschen für die auch heute noch richtige Forderung der Namensgeberin des Preises „Die Waffen nieder!“ zu öffnen.

Der Preisträger des „Online- und Publikumspreises“ Uli Preuss erklärte in seiner Dankesrede, dass er für die Fotos von kriegsversehrten Kindern seiner Ausstellung „Am Rande der Schöpfung“ nicht nur Zuspruch erhalten habe. „Die Ausstellung hat auch Gegner – oder zumindest Bedenkenträger“, fasste er es vorsichtig zusammen und verwies auf Stimmen, die eine Gefahr für die Verletzung der Würde der abgebildeten Kinder sehen wollten, um ihr eigenes Unbehagen nicht auszudrücken. Dabei will Preuss mit seinen Bildern nicht schockieren, sondern mit kleinen einzelnen Geschichten zu jedem Bild die Stammtische erreichen. „Und plötzlich ist man ganz nah!“ So will er deutlich machen: „Außer euch gibt es noch andere, denen schlimme, unmenschliche, Sachen widerfahren sind!“

Preuss engagiert sich seit vielen Jahren für Friedensdorf International, das sich seit über 30 Jahren für Kinder aus ehemaligen und aktuellen Kriegsgebieten, z.B. aus Vietnam, Angola, Afghanistan, Sri Lanka, Kambodscha, einsetzt und ihnen bei der Rückkehr in ein Kinderleben Unterstützung gibt. Der Preisträger verwies darauf, dass zurzeit die Anzahl der zu betreuenden Kinder im Friedensdorf International steigt.

In der Kategorie „Kunst und Medien“ konnten Gabriele Neuhaus und Angelo Scudeletti mit ihrem Dokumentarfilm „1.000 Frauen und ein Traum“ die Jury überzeugen. Über das Projekt von Ruth-Gaby Vermot, aus Anlass des 100. Jahrestages der erstmaligen Verleihung des Friedensnobelpreises an eine Frau zu erreichen, dass der Friedensnobelpreis 2005 an 1.000 Frauen weltweit für ihr herausragendes friedenspolitisches Engagent verliehen wird, war ein beeindruckender Film entstanden. Er stellt einige der „1.000 Frauen“ und ihr Engagement in unterschiedlichen Teilen der Welt vor. Laudatorin Tina Kemler von der DFG-VK-Gruppe Mainz betonte, dass mit dem Medium Film „das weltweite Engagement von Frauen für Frieden“ eindringlich vermittelt wurde.

SUTTNER-PREIS 2008

Preisträgerin Gabriela Neuhaus berichtete in ihrer Dankesrede, dass sie zu Beginn des Projektes nicht nur wohlwollende Reaktionen erfahren habe - das schweizer Fernsehen habe abgewinkt und auf die Zuschauerquote als Maßstab verwiesen. „Doch es hat sich für uns tausendfach gelohnt, dass wir dieses Projekt doch anfingen“, betonte die Schweizerin. Auch wenn der Friedensnobelpreis letztlich nicht an die Frauen vergeben worden war, könnte mit dem Film die tägliche Friedensbasisarbeit von Frauen auf der ganzen Welt gewürdigt werden. Ein weiteres Ergebnis des damaligen Projektes ist, dass ein weltweites Frauenfriedensnetzwerk entstanden sei.

Der Preis in der Kategorie „Kunst und Aktion“ wurde an das Salzburger Friedensbüro für sein Projekt der Internetplattform whywar.at vergeben. Diese greift nach Ansicht der Jury Suttners Kritik an Krieg und Kriegsverherrlichung auf und setzt diese vorbildlich in konkretes Handeln von SchülerInnen gegen Krieg und für Frieden um. Laudator Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK, lobte: „Viele friedenspädagogische Projektideen und Modelle werden vorzüglich präsentiert auf der Website www.whywar.at.“ Seine Schlussfolgerung war deshalb: „Nehmen wir die Ziele und Projekte von WhyWar.at ernst, dann müssen unsere Schulbücher umgeschrieben und Unterricht anders gestaltet werden: humanistisch, demokratisch, partizipierend, kriegskritisch und friedensstiftend.“

Hans Peter Graß, der den Preis für das Friedensbüro gemeinsam mit Hanna Westmann entgegennahm, erläuterte die unter dem Leitmotto „Wer aber den Frieden will, der rede vom Krieg“ stehende friedenspädagogische Tätigkeit von WhyWar.at. Er verwies dabei auf besondere Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die sich auf unterschiedliche Weise mit dem Thema Krieg auseinandersetzen wollen oder müssen. Ebenso zeigte er Nutzungsmöglichkeiten für PädagogInnen auf und drückte seine Hoffnung aus, dass das Friedensbüro Salzburg mit seinem Projekt nicht nur in Österreich, sondern im gesamten deutschsprachigen Raum zur Auseinandersetzung über die Frage „Warum Krieg?“ beitragen kann.

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK. ZC

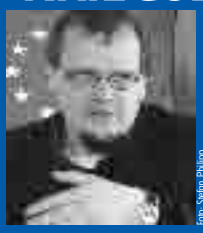


Foto: Stefan Philipp

Tobias Pflüger
Mitglied des Europäischen Parlaments und der DFG-VK

Desaströse Lage der KDV in Europa

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten schicken immer mehr Truppen in Auslandseinsätze. Regelungen für Soldaten, die im Einsatz den Kriegsdienst verweigern wollen, gibt es allerdings nicht, weder EU-weit noch in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Dies ist eines der Ergebnisse einer öffentlichen Anhörung, die am 22. Januar im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlamentes zur KDV stattfand.

Der Experte Andreas Speck von der WRI (War Resisters' International) legte detailliert die desaströse Lage bzgl. KDV insbesondere von Berufssoldaten in den EU-Mitgliedstaaten dar. So gibt es nur in den Niederlanden, Deutschland und Großbritannien überhaupt das Recht für Berufssoldaten zu verweigern. Alle anderen 24 EU-Mitgliedsstaaten kennen dieses Grundrecht nicht. Dies widerspricht der Resolution der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die 1998 zum Schluss gekommen ist, „dass im Militärdienst stehende Personen dazu gelangen können, diesen Dienst aus Gewissensgründen zu verweigern."

Der Friedensforscher Prof. Johan Galtung stellte zu Beginn der Anhörung klar, dass nicht diejenigen, die den Kriegsdienst verweigern, erklären müssen, warum sie dies tun. Die Beweislast liegt vielmehr bei den Regierungen der Staaten auch der EU, die meinen, es gäbe für Soldaten ein Recht zu töten. Es gibt nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht zur Kriegsdienstverweigerung.

Dem kann man nur zustimmen. Es müssen diejenigen unterstützt werden, die sich in den EU-Staaten nicht an Kriegen beteiligen wollen, ob dies eindeutig illegale Kriege wie der Irak- und Afghanistankrieg sind oder die immer häufigeren EU-Militäreinsätze.

Um dieses Anliegen zu unterstützen, wurde nun eine umfangreiche Studie zur KDV in der EU und den EU-Kandidatenländern in englisch mit deutscher Einleitung und Zusammenfassung *(die hier auszugsweise dokumentiert werden)* publiziert, die kostenlos (gegen Porto) auch in größeren Stückzahlen unter folgender Adresse bezogen werden kann: Regionalbüro Tobias Pflüger, Hechingerstraße 203, 72072 Tübingen. Ein Download der 60-seitigen Broschüre als PDF-Dokument aus dem Internet ist möglich unter: *www.wri-irg.org/pdf/eu-rtba2008 update-en.pdf*

Das Recht *und* die Pflicht zur Kriegsdienstverweigerung

Auszüge aus der Studie zur KDV in Europa

Vorwort von Tobias Pflüger

Die Militärs der Europäischen Union professionalisieren sich, daran gibt es keinen Zweifel. Mehr und mehr Länder schaffen die Wehrpflicht ab oder setzen diese aus – im nächsten Jahr Polen, und danach Schweden. Damit reduziert sich die Anzahl der Länder in der EU, die an der Wehrpflicht festhalten, auf acht (neun, wenn die Kandidatenländer mitgezählt werden). Und auch die Länder, die an der Wehrpflicht festhalten, reduzieren mehr und mehr den Militärdienst, und erhöhen den Anteil der BerufssoldatInnen: In Österreich, Finnland und Griechenland sind es fast 50 %, in Estland 60 %, und in Deutschland mehr als 75 %. De facto spielen damit in den meisten Wehrpflichtarmeen der EU die Zeit- oder Berufssoldaten die militärisch wichtige Rolle.

Damit einher geht, dass mehr und mehr militärisch interveniert wird, im Rahmen der Nato, der EU, der Vereinten Nationen oder Ad-hoc-Koalitionen. So gut wie alle Armeen der Mitglieds- und Kandidatenländer der EU sind militärisch im Ausland engagiert: Bulgarien, Dänemark, Estland, Großbritannien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Polen, Rumänien und die Tschechische Republik haben Truppen im Irak, alle EU-Länder mit Ausnahme von Malta und Zypern beteiligen sich am Nato-Einsatz in Afghanistan, und Belgien, Kroatien, Zypern, Frankreich, Mazedonien, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und die Türkei beteiligen sich am Uno-Einsatz Unifil im Libanon; so weit die unvollständige Liste.

Mit zunehmenden militärischem Engagement ist das Recht auf KDV – erkämpft in allen EU-Ländern zumindest für Wehrpflichtige in einem jahrzehntelangen Kampf der KDV-Bewegungen – umso wichtiger. Auch wenn sich die EU offiziell zum Recht auf KDV bekennt, so sieht die Praxis doch anders aus.

Das Ende der Wehrpflicht bedeutete in vielen Fällen auch das Ende des Rechts auf KDV, denn die meisten Länder erkannten und erkennen dieses Recht nur unvollständig und nur für Wehrpflichtige an. (...)

Es zeigt sich, dass es heutzutage mit diesem Recht in der Europäischen Union nicht mehr weit her ist. Die meisten Länder der EU sind weit davon entfernt, die bestehenden internationalen Standards (...).

Die parlamentarische Versammlung des Europarates forderte in einer Entschließung zu „Menschenrechten in den Streitkräften" vom 24. März 2006, von den Mitgliedstaaten „in ihre Gesetzgebung das Recht einzuführen, sich zu jeder Zeit als Kriegsdienstverweigerer registrieren zu lassen, vor, während und nach der Ableistung des Wehrdienstes, sowie das Recht von Berufssoldaten, die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu erhalten". Bereits die Empfehlung 1518 von 2001 empfahl den Mitgliedern des Europarates, das Recht auf KDV auch für BerufssoldatInnen anzuerkennen. Dieses Recht kann potenziell ein Hindernis bei den immer wilderen militärischen Abenteuern der Europäischen Union bilden. Es ist daher notwendig, dass die Friedens- und Antikriegsbewegungen, und insbesondere die KDV-Bewegungen, sich nach der Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht verstärkt für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Zeit- und BerufssoldatInnen einsetzen, und eine aktive Antirekrutierungs- und SoldatInnen-Arbeit betreiben. Dafür bietet diese Broschüre Hintergrundinformationen.

Zusammenfassung

Diese Broschüre gibt einen Überblick über den Stand des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in der Europäischen Union, einschließlich der Kandidatenländer Kroatien, Türkei und FYROM (Mazedonien). Die Broschüre wurde in enger Zusammenarbeit mit der War Resisters' International (WRI) erstellt, und baut auf der weltweiten Übersicht über die Situation der Kriegsdienstverweigerer auf, die von der War Resisters' International 1998 erstellt wurde und deren Aktualisierung vorgenommen vom Quaker Council for European Affairs (QCEA) 2005. Für diese Broschüre wurde die Übersicht grundlegend aktualisiert, überarbeitet und auf den aktuellen Stand gebracht, da sich

seit 2005 die Situation in vielen Ländern beträchtlich verändert hat. Erstmalig wird mit dieser Broschüre der Versuch unternommen, systematisch auch Informationen zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Zeit- und BerufssoldatInnen bereitzustellen, wobei deutlich wird, dass es zu dieser Frage erhebliche Wissenslücken gibt. Auf einen Fragebogen an die Botschaften aller relevanten Länder, der von der WRI im November 2007 verschickt wurde, gab es lediglich fünf Rückmeldungen (Dänemark, Irland, Österreich, Türkei und Ungarn), und auch diese waren in ihrem Informationsgehalt oft unbefriedigend und trugen wenig zur Erhellung der Situation bei. Es lässt sich also schon jetzt feststellen, dass es zu diesem Thema auch weiterhin einen Recherchebedarf gibt. Erschwerend kommt hinzu, dass in einigen Ländern die Situation derzeit im Fluss ist (Polen, Schweden), und es daher sehr schwierig ist, handfeste Informationen zu bekommen.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im internationalen Recht

Das Recht auf KDV ist aus Artikel 18 des Internationalen Paktes zu bürgerlichen und politischen Rechte (Internationaler Zivilpakt) sowie Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention abgeleitet, die sich mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit befassen. Auch wenn Artikel 10 der geplanten Europäischen Grundrechtecharta das Recht auf KDV anerkennt, so geschieht dies nur nach Maßgabe von Ländergesetzen. Artikel 10 selbst formuliert keine Standards zum Recht auf KDV. Aus diesem Artikel ein Argument für den in Irland berechtigterweise abgelehnten Lissabonner Vertrag abzuleisten ist deshalb politisch nicht logisch. Der Lissabonner Vertrag ist und bleibt ein EU-Vertrag neoliberaler und militärischer Ausrichtung.

Auf globaler Ebene haben sowohl die (ehemalige) Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, das damals höchste UN-Forum zum Thema Menschenrechte, bestehend aus RegierungsvertreterInnen, als auch das Menschenrechtskomitee, das ExpertInnenkomitee der Vereinten Nationen, das den Internationalen Zivilpakt interpretiert, sich mehrfach mit der Frage der KDV beschäftigt. Seit 1989 haben Resolutionen der Menschenrechtskommission (verabschiedet ohne Abstimmung) das Recht, „im Rahmen der legitimen Ausübung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit aus Gewissensgründen den Militärdienst zu verweigern“, anerkannt. Das Menschenrechtskomitee betrachtet KDV als eine geschützte Form des Ausdrucks (religiöser) Überzeugung im Rahmen des Artikel 18 Abschnitt 1 des Zivilpaktes. In seiner jüngsten und eindeutigsten Entscheidung zu diesem Thema (Mr. Yeo-Bum Yoon and Mr. Myung- Jin Choi vs. Republic of Korea) entschied das Komitee, dass die Republik Korea Artikel 18 verletzt hat, indem sie in den zur Frage stehenden Fällen das Recht auf KDV nicht anerkannt hat. Die Menschenrechtskommission erkannte in ihrer Resolution von 1998 auch an, „dass im Militärdienst stehende Personen dazu gelangen können, diesen Dienst aus Gewissensgründen zu verweigern“. Folglich muss ein Antrag auf KDV zu jeder Zeit – vor, während und nach der Ableistung des Militärdienstes, und auch für BerufssoldatInnen – möglich sein. Ähnlich formulierte es das Europaparlament in einer Resolution von 1989, wenn es „das Recht aller Wehrpflichtigen, zu jeder Zeit den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern“, forderte.

Konsequenterweise forderte die parlamentarische Versammlung des Europarates in einer Entschließung zu Menschenrechten in den Streitkräften vom 24. März 2006 von den Mitgliedstaaten, „in ihre Gesetzgebung das Recht einzuführen, sich zu jeder Zeit als Kriegsdienstverweigerer registrieren zu lassen, vor, während und nach der Ableistung des Wehrdienstes, sowie das Recht von BerufssoldatInnen, die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu erhalten“. Bereits die Empfehlung 1518 von 2001 empfahl den Mitgliedern des Europarates, das Recht auf KDV auch für BerufssoldatInnen anzuerkennen.

Die Praxis in der EU

Die Praxis in den Ländern der Europäischen Union und den Kandidatenländern weicht jedoch erheblich vom Stand des internationalen Rechtes ab. Die gröbsten Verstöße sind:

- Das Kandidatenland Türkei erkennt das Recht auf KDV weder für Wehrpflichtige, noch für Zeit- und BerufssoldatInnen an. Kriegsdienstverweigerer werden mehrfach inhaftiert und verurteilt.
- Griechenland und Finnland haben einen zivilen Ersatzdienst, der in der Praxis fast doppelt so lang ist wie der Militärdienst. In Griechenland kommt hinzu, dass nichtreligiöse Verweigerer selten anerkannt werden.
- In zahlreichen Ländern der Europäischen Union werden totale Kriegsdienstverweigerer, die auch einen zivilen Ersatzdienst aus Gewissensgründen ablehnen, inhaftiert. Derzeit ist die Situation insbesondere in Deutschland und Finnland problematisch.
- Die große Mehrheit der Länder, die die Wehrpflicht beibehalten, begrenzen die Möglichkeit eines Antrages auf KDV auf die Zeit vor der Einberufung, erlauben also dienenden Wehrpflichtigen sowie ReservistInnen kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung.
- Bis auf drei Länder – Deutschland, die Niederlande und Großbritannien – erkennt keines der untersuchten Länder das Recht auf KDV auch für Zeit- und BerufssoldatInnen an.
- In Großbritannien haben BerufssoldatInnen zwar ein Recht auf KDV, amtliche und öffentliche Informationen dazu gibt es jedoch quasi nicht.

Dies zeigt, dass es auch innerhalb der EU einen erheblichen Handlungsbedarf gibt, um das Recht in den Mitglieds- und Kandidatenländern in Einklang mit internationalen Standards zu bringen. Dies gilt insbesondere für die Frage der KDV für BerufssoldatInnen, ein Thema, das mit dem Trend zur Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht zunehmend wichtiger wird.

Schlussfolgerungen

Im wesentlichen unbemerkt geht mit dem Trend zur Professionalisierung der europäischen Armeen eine andere Entwicklung einher: Das in der Europäischen Union weit verankerte Recht auf KDV für Wehrpflichtige wird ausgehöhlt. Es steht für BerufssoldatInnen in der Regel nicht zur Verfügung. Auch die Ausgestaltung des KDV-Rechtes für Wehrpflichtige in den einzelnen Mitglieds- und Kanidatenländern entspricht oft nicht den internationalen Standards. Mit dem zunehmenden Einsatz professionalisierten Militärs im Rahmen der Nato, der EU oder der Vereinten Nationen (oder auch von ad-hoc-Koalitionen) ist jedoch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für die betroffenen SoldatInnen wichtiger als je zuvor.

ZC

Kriegsgräbervorsorge statt Kriegsgräberfürsorge

Nachruf auf Hugo Spohler/Von Ralf Baufeld

Hugo Spohler ist tot. Wir trauern um ihn als Freund, als Menschen und als kompromisslosen Mitstreiter für Frieden und Pazifismus.

Wer in Bremerhaven seit Einführung der Wehrpflicht für die BRD im Jahre 1956 sein Grundrecht auf KDV wahrgenommen und sich nach einer Beratungsstelle umgesehen hat, kennt Hugo Spohler und die 1957 unter anderem von ihm gegründete örtliche Gruppe der IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner) bzw. DFG-VK (mit der die IdK-Gruppe fusionierte) und ihre KDV-Beratung. Vor allem als die KDV noch mit größeren Hürden verbunden war (Anhörungsverfahren mit Prüfungsausschuss und Prüfungskammer), war eine gute Vorbereitung auf diesen Termin sowie ein inhaltlicher und menschlicher Rückhalt für die Verweigerer sehr wichtig. Beides bot die DFG-VK in Bremerhaven durch Hugo Spohler bis zu seinem Tod.

In Erscheinung trat Hugo Spohlers pazifistische Arbeit 1954. Angesichts der geplanten Wiederbewaffnung der noch jungen BRD und der Fassungslosigkeit darüber, wie aus dem nach Kriegsende verkündeten „Nie wieder“ ein „Das hat noch keinem geschadet“ werden konnte, verschickte er an alle Bundestagsabgeordneten ein elfseitiges Schreiben mit der Forderung, die Grundlagen des Krieges zu zerstören. Eine Handvoll nichtssagender Antworten war das Ergebnis dieser mehr als 400 Briefe.

Wenig mehr als ein Jahrzehnt nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges hatte die öffentliche Meinung wieder zu einer militaristischen „Normalität“ zurückgefunden. Dementsprechend sahen sich Kriegsdienstverweigerer als „Drückeberger“ diffamiert. Die Grausamkeiten des Vietnamkrieges führten zu einer starken und in der Folge stetigen Zunahme der Verweigererzahlen. Hugo konnte miterleben, dass durch seinen beharrlichen Beitrag die Kriegsdienstverweigerung eine gesellschaftliche Normalität wurde. Dies ließ ihn seine pazifistische Arbeit als Teil einer positiven menschlichen Entwicklung sehen, woraus er die Kraft schöpfte, beispielsweise bei Wind und Wetter vor Schulen Flugblätter zu

Hugo Spohler
*** 25. Februar 1927 in Bremerhaven**
† 12. Dezember 2008 in Bremerhaven

verteilen oder mit Transparenten am Volkstrauertag darauf hinzuweisen, dass die „Kriegsgräbervorsorge“ wichtiger ist als die „Kriegsgräberfürsorge“.

Für die Beratung wurden neutrale Räumlichkeiten gewählt, um politisch unabhängig zu bleiben. Gab es in den 1950-er Jahren zwar noch viele pazifistische Sympathisanten in der SPD, so achtete Hugo doch darauf, sich nie an eine Partei zu binden. Lieber zahlte er aus eigener Tasche einen Kneipensaal für die KDV-Beratung. Linksgerichtete Parteien, die zwischen „gerechtfertigten“ und „imperialistischen“ Atomwaffen in den 1980-er Jahren unterschieden, betrachtete er bei seiner grundlegenden Kritik des Militärsystems als politische Gegner. Auch zu den Grünen blieb Hugo insoweit distanziert, als er keine räumliche Verquickung mit der Beratung wollte. Aufgrund der Berührungsängste hätte dies manchem potenziellen Verweigerer den Weg in die Beratung versperren können. Und die politische Entwicklung bei den Grünen gab ihm recht, diese Distanz gewahrt zu haben, unterstützten viele Grüne – unter anderem die Entscheidungsträger – später den Kosovokrieg.

Für Slogans wie „Soldaten sind Mörder“ hatte Hugo wenig Verständnis, sah er in jedem Soldaten doch auch den Verführten und damit den potenziellen Kriegsdienstverweigerer. Ihm ging es um das System des Militärwesens, das durch konsequente Verweigerung jeglicher Unterstützung zu Fall gebracht werden muss. Die einzelnen Soldaten sind – je nach Herkunftsland und Regierung – mehr oder minder unfrei in ihrer Entscheidung für oder gegen den Militärdienst. Sie dafür zu beschuldigen war in seinen Augen der falsche Weg, das Militär zu bekämpfen.

Dies mag auch daher rühren, dass er seine Kindheit und Jugend angesichts des erstarkenden Nationalsozialismus in Deutschland verbrachte. Beeinflusst durch Hitler-Jugend und Propaganda wusste er, was es heißt, verführt zu werden. Als Jugendlicher war er in der Zwickmühle zwischen der Nazipropaganda und der Hitler-kritischen Einstellung seiner Eltern. Während des großen Bombenangriffs auf Bremerhaven am 18. September 1944 war dieser innere Konflikt schlagartig entschieden. Angesichts des menschlichen Leids und der Zerstörungen begann für ihn die Entwicklung zu einem konsequenten Kriegs- und Militärgegner. Am Tag nach dem Bombenangriff musste er jedoch als 17-Jähriger seinen Arbeitsdienst in Polen antreten, bei dem er Schikane und Ungerechtigkeit durch Vorgesetzte gegenüber den Untergebenen und der polnischen Bevölkerung erlebte. Bei der Abfahrt nach Polen schaute er auf das noch brennende Bremerhaven.

Aufgrund seines Alters konnte er im Frühjahr 1945 einer Einberufung in die Wehrmacht nicht entgehen. Glücklicherweise brauchte er nie eine Waffe anzuwenden. In den letzten Kriegstagen erlebte er jedoch die Waffengewalt am eigenen Leib. Einmal geriet seine Einheit, die bei Bremen den Vormarsch der US-amerikanischen Panzer aufhalten sollte, unter Dauerbeschuss, nachdem aus ihren Reihen eine Panzerfaust abgefeuert worden war. Nur durch Glück überlebte er dies unverletzt. Nach der Kapitulation, die er als Befreiung empfand, traf ihn dann beim Waffenreinigen ein Streifschuss am Ohr aus einer versehentlich scharf geladenen Waffe eines anderen Soldaten. Nach Kriegsende erlebte er, dass viele Freunde, Schulkameraden und Verwandte am Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr heim kamen. Sie wurden durch das Militär um ihr Leben betrogen.

Die Fähigkeit zum Mitleiden befähigte Hugo, immer wieder von den Zahlen von Toten auf einzelne Fälle schrecklichsten Sterbens zu schließen und dies einer auch heute noch verbreiteten Technikbegeisterung gegenüberzustellen, die manche Militärbegeisterung überhaupt erst möglich macht. Dementsprechend diskutierte er auch nicht über Kriegsverbrechen, da die Normalität des Krieges schon ein Verbrechen ist. Dies versuchte er, gerade jungen Menschen zu vermitteln. Und da das geschriebene Wort manchmal zu langatmig ist, regte er immer wieder Zeichnungen und Karikaturen an, die als Blickfang auf die Vorderseiten von Flugblättern kopiert wurden oder in der Mappe „Bremerhaven zeichnet für den Frieden“ von ihm verteilt wurden.

Aus der eigenen Kriegserfahrung war es Hugo so wichtig, den Menschen die Augen rechtzeitig zu öffnen, nach Möglichkeit bei Schulbesuchen zum Thema als Zeitzeuge teilzunehmen und bereits Jugendlichen zu zeigen, was hinter dem Militärsystem steckt. Die KDV war dabei immer ein zentrales Thema. Er freute sich auf diese Einladungen und war in Vortrags- und Fragestunden noch bis kurz vor seinem Tod aktiv war.

Mit 81 Jahren ist er zuhause gestorben, er hätte es sich wohl nicht anders gewünscht – nur später, denn er hatte noch Pläne für weitere Texte und Schulbesuche, die ihn allerdings zunehmend anstrengten. Für seine Freunde hinterlässt er mit der Erinnerung an sein Leben und Wirken ein unvergessliches Beispiel des konsequenten politischen Engagements für Pazifismus.

Ralf Baufeld ist DFG-VK-Mitglied und hat Anfang der 1980-er Jahre mit Hugo Spohler in der DFG-VK-Gruppe Bremerhaven zusammengearbeitet. ZC

Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Primus Verlag, Darmstadt 2008; 309 Seiten; 24,90 Euro

„Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt in Materialismus versumpfen“ – so formulierte der preußische Feldmarschall Graf von Moltke, der Sieger der Schlachten von Königgrätz (1866) und Sedan (1870), sein wirkungsmächtiges, militärisches Glaubensbekenntnis. Zu Recht folgert Verfasser Wolfram Wette *(Anm. d. Red.: der übrigens auch DFG-VK-Mitglied ist)*: „Auf dem Humus solcher Kriegsideologien konnte dann auch die Vorstellung gedeihen, im Krieg werde der Mann erst zum Manne.“

Der deutsche Militarismus hat seine Ursprünge in der preußischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts. Wolfram Wette macht deutlich, welchen fatalen Einfluss diese kriegerische Kultur auf den Gang der deutschen Geschichte hatte. Der Autor gliedert sein Werk in diese fünf Kapitel: Wege und Umwege der Militarismusforschung, Die Zeit des Deutschen Kaiserreiches, Sozialmilitarismus, Militarismus und Weltkrieg 1914 bis 1918, Weimarer Republik, Die Zeit des Nationalsozialismus sowie Militarismus nach 1945 in Westdeutschland?

Wette verortet die Entstehungsgeschichte des preußisch-deutschen Militarismus im Kontext der Reichseinigungskriege. Das Prinzip „Eisen und Blut“ signalisiert diese militärische Machtpolitik. Auch Graf von Waldersee, der im Buch zu Recht als „reiner Militarist, Reaktionär und Antisemit“ vorgestellt wird, war ein Protagonist dieser Denkungsart eines Primates des Militärischen vor dem Politischen. Leider erwähnt Autor Wette nicht, dass trotz fundierter Proteste die Bundeswehr in Hohenlockstedt weiterhin am Traditionsnamen „Waldersee-Kaserne“ festhält.

Wette gebührt auch Dank dafür, dass er den Jesuiten Georg Michael Pachtler (1825 bis 1889) aus der Vergessenheit holt. Im Jahre 1876 hatte Pachtler unter dem Pseudonym Annuarius Osseg seine Schrift über den europäischen Militarismus veröffentlicht, durch die er zum Begründer der Militarismuskritik wurde; er definierte Militarismus als „Beanspruchung aller lebenden und toten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges“.

Eine sehr dichte und engagierte Sichtweise vermittelt Wette, wenn er über den Minister Gustav Noske (SPD) im Januar 1919 berichtet sowie den Einsatz von Militär im Innern historisch deutet. Hier spürt der kundige Leser, dass sich der kritische Militärhistoriker Wette ein ganzes Forscher- und Gelehrtenleben lang mit dieser umstrittenen Figur Noske befasste.

Die Symbolfigur für das Zusammengehen der preußischen Militärelite mit Hitler am „Tag von Potsdam“ (21. März 1933) war der greise Feldmarschall August von Mackensen (1849 bis 1945). Die Botschaft von Potsdam war die Kontinuität. Leider erwähnt Wolfram Wette nicht, dass die Bundeswehr in Hildesheim trotz erbitterter Proteste und parlamentarischer Anfragen weiterhin am Traditionsnamen „Mackensen-Kaserne“ festhält. Noch Mitte November 1944 hatte Mackensen einen Aufruf an die Jugend gerichtet, um vierzehn- bis siebzehnjährige Buben zu „Opferbereitschaft und Fanatismus“ zu ermahnen. Mackensen hielt bis zuletzt an Adolf Hitler als „Retter“ fest.

Autor Wette zeigt auf, wie die NS-Kriegspropaganda dem Mythos von Langemarck eine neue Stoßrichtung gab, indem die jungen Menschen auf „Heldentum“ und „freiwillige Opferbereitschaft“ eingeschworen wurden. Zu Recht wird die Frage gestellt, ob der „heroische Untergang“ eine Entartung oder eine Konsequenz des Militarismus darstellt. Dieses Pathos vom heldenhaften Sterben reicht zurück zu Theodor Körner, der zur Zeit der Freiheitskriege (1813) den Tod für das Vaterland als höchste Sinngebung des Lebens pries.

Am Beispiel von General Adolf Heusinger, dem ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, zeigt der Autor die Kontinuitäten militärischer Denkweisen und Handlungsmuster. In vier verschiedenen Armeen hatte Heusinger tapfer und stets treu gedient und auch verdient.

Eingangs wurde der „alte Moltke“ und sein militaristisches Credo zitiert. Die Bundeswehr würdigt auch weiterhin diese Galionsfigur des Militarismus, denn die Kasernen in Dabel und Schleswig sind nach Moltke benannt.

Zu guter Letzt bleibt der Wunsch des Rezensenten, dass auch Berufsoffiziere der Bundeswehr zu den Lesern dieser fundierten Untersuchung gehören. Es ist dem Historiker Peter R. Frank beizupflichten, wenn er über dieses Buch schreibt: „Ich schätze daran den klaren Stil, den soliden historischen Hintergrund und die schlüssige Argumentation. Das Buch war längst überfällig, es ist nun ein Standardwerk zu dem Thema.“

Jakob Knab

ZC

„Friedlich denken allein ändert nichts“

Erfolgreiche Mitgliederwerbung am Beispiel der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe/Von Ulli Thiel

Beispielhaftes Mitgliederwerbeschreiben

Liebe/r Frau/Herr ..., *[persönliche Anrede/Brief in der Sie-, du- oder ihr-Variante]*

schon seit längerem informieren wir Sie über Veranstaltungen und Aktionen zur Friedensthematik, die in Karlsruhe stattfinden. Diese Aktivitäten sind entweder von der Karlsruher DFG-VK-Gruppe initiiert und/oder sie werden gemeinsam mit ihr und anderen Organistionen oder im Friedensbündnis getragen. Am Beispiel des zurückliegenden Jahres 2007 (siehe Rückseite) wird deutlich, wie umfangreich und vielfältig unser „Angebot“ ist.

Bei aller Anerkennung , die wir immer wieder nach den vielen und qualitativ guten Veranstaltungen erfahren, bleibt aber ein **Problem**:

Die finanzielle Basis, auf der die Arbeit unserer Karlsruher DFG-VK-Gruppe steht, ist doch ziemlich schwach. Die Spenden und Mitgliedsbeiträge, die wir erhalten, reichen gerade mal aus, um das Allernotwendigste zu finanzieren. Manches können wir aber gar nicht in Angriff nehmen, weil uns die finanziellen Mittel dazu fehlen. Wir würden uns deshalb sehr wünschen, wenn noch mehr Menschen unsere Arbeit regelmäßig unterstützen.

Sie möchten wir deshalb heute darum bitten, Mitglied bei uns zu werden.

Durch diesen Beitritt würden Sie uns helfen, unser „Problem“ zu lösen.

Es gibt aber nicht nur diese finanziellen Gründe, sondern auch sehr viele politische Argumente, weshalb die Unterstützung einer Friedensorganisation wie der DFG-VK gerade in der heutigen Zeit enorm wichtig ist. Näheres hierzu finden Sie im beiliegenden Faltblatt „Friedlich denken allein ändert nichts“, das auch einen Abtrennabschnitt mit einer Eintritts-Erklärung enthält.

Als Mitglied erhalten Sie übrigens sechsmal im Jahr die „ZivilCourage“ zugeschickt, von der wir Ihnen heute ein Probe-Exemplar beilegen.

In der Hoffnung, Sie bald als neues DFG-VK-Mitglied begrüßen zu können, verbleiben wir herzlichst

[persönliche Unterschrift] Sonnhild und Ulli Thiel (Sprecher/in der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe)

Mit dieser Feststellung und der sich daran anschließenden Aufforderung „Werde Mitglied!“ sind mehrere Werbematerialien der DFG-VK versehen. Aufgabe der FriedensaktivistInnen vor Ort ist es nun, diese grafisch und inhaltlich gut gestalteten Informationen „unter’s Volk“ zu bringen – darauf hoffend, dass der eine oder die andere „anbeißt“ und unsere Organisation durch ihren/seinen Beitritt unterstützt.

Einen Weg, wie eine Werbeaktion mit diesen Materialien erfolgreich durchgeführt werden kann, möchte ich kurz beschreiben: Jedes Jahr schreiben wir von der Karlsruher DFG-VK-Gruppe gezielt jene InteressentInnen an, die wir schon längere Zeit in unserem Verteiler haben, und legen ihnen nahe, Mitglied der DFG-VK zu werden. In unserem Werbebrief erinnern wir sie daran, dass sie ja schon oft von uns Rundschreiben erhalten haben und zu Aktionen und Veranstaltungen eingeladen worden sind. Diese InteressentInnen kennen uns also und wissen unsere Arbeit auch zu schätzen. Viele von ihnen haben ja auch schon öfters an unseren Aktivitäten teilgenommen und/oder uns gelegentlich Spenden zukommen lassen. In dieser Situation ist es für diesen Personenkreis dann kein allzu großer Schritt mehr, uns durch eine Mitgliedschaft zu unterstützen.

Die Bilanz unserer Bemühungen: Auf den Werbebrief, der Anfang Oktober 2008 an 60 InteresssentInnen verschickt wurde, haben bis zum Jahresende acht Personen positiv reagiert und sind der DFG-VK beigetreten. Außerdem haben uns mehrere wissen lassen, warum sie nicht Mitglied werden können – es waren fast ausschließlich finanzielle Gründe. Bei der Werbeaktion im Jahr zuvor, die wir mit der Einladung zu unserem 50-jährigen Gruppenjubiläum verbunden hatten, war der Erfolg ähnlich: Damals hatten sich sieben Leute unserer Organisation angeschlossen.

Noch ein Wort zu den InteressentInnen-Adressen, die man ja benötigt, um solche Werbeaktionen durchführen zu können: Bei allen von uns initiierten und durchgeführten Aktivitäten weisen wir diejenigen, die noch nicht in unserem Verteiler sind, darauf hin, dass sie, wenn sie uns ihre Anschrift mitteilen, künftig auch von uns angeschrieben werden. Auch anderen Personen, die telefonisch oder schriftlich Kontakt zu uns aufnehmen, bieten wir dies an. Und etliche machen auch Gebrauch von unserem Angebot.

Durch diese gezielten Werbeaktionen ist es uns in den letzten Jahren auf örtlicher Ebene immerhin gelungen, die Mitgliederzahl leicht zu erhöhen und somit dem bisherigen bundesweiten Trend entgegenzuwirken. Offensichtlich wirkt es doch, wenn man InteressentInnen unserer Friedensarbeit davon zu überzeugen versucht, dass „friedlich denken allein nichts ändert“.

Ulli Thiel ist Sprecher der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe.

ZC

Monty Schädel: Es geht aufwärts. Aber die Anforderungen und der Finanzbedarf wachsen ebenfalls.

Nachdem die DFG-VK in den vergangenen Jahren immer weiter Mitglieder verloren hatte, wurde auf dem Bundeskongress 2007 in Schweinfurt das ehrgeizige Projekt „Bis zum nächsten Bundeskongress 5.555 Mitglieder der DFG-VK“ geboren. Die Erkenntnis hatte sich in vielen Gliederungen des Verbandes durchgesetzt, dass es nicht ausreiche,

- wenn überall im Bundesgebiet Mitglieder der DFG-VK aktiv sind, sich z.B. in lokalen Friedensbündnissen einbringen und engagieren, aber nicht darüber gesprochen wird, dass sie Mitglied in der DFG-VK sind.
- gute Informations-, Koordinations- sowie Basisarbeit zu leisten und dabei unerwähnt bleibt, dass die DFG-VK als verbindende Organisation in der Friedensbewegung dieses durchführt und ermöglicht
- jedenfalls nicht, wenn wir nicht nur die friedenspolitische Arbeit leisten und

anderen helfen, sondern auch unseren Verband und damit dann auch wieder die Friedensbewegung insgesamt stärken wollen.

Mit der gestiegenen Bereitschaft vieler Gliederungen der DFG-VK, nicht lediglich als Gruppe „Friedensmusterstadt“ in die Öffentlichkeit zu treten, sondern unsere Fahnen, Logos und Materialien wieder offensiv zu verwenden, ist die DFG-VK in der Zwischenzeit in einigen Regionen, vor allem aber auch in bundesweiten Zusammenhängen, wieder deutlich erkennbar. Es gibt zwar noch die Zusammenlegung oder Auflösung von Gruppen, doch das ist nun der Ausnahmefall. Der Abwärtstrend bei der Mitgliederentwicklung konnte im vergangenen Jahr mit fast 100 Neuaufnahmen gestoppt werden. Jetzt geht es an das Zugewinnen neuer Mitglieder! Gruppen werden neu gegründet oder aber wieder als DFG-VK-Gruppen aktiviert und tragen so mit dazu bei, dass die Friedensbewegung in Zeiten ausgeweiteter Kriegsaktivitäten der Bundeswehr im Ausland und der Militarisierung im Inneren wieder ein deutlicheres pazifistisch-antimilitaristisches Profil gewinnt.

Eine „Nebenwirkung“ des Erscheinens der DFG-VK als Verband mit vielen Mitgliedern und aktiven Gliederungen im gesamten Bundesgebiet ist aber auch, dass die eigenen Gliederungen und andere Bündnisse Erwartungen an den DFG-VK-Bundesverband formulieren.

Auf den Tisch kommen diese jedes Jahr bei der Dezembersitzung des DFG-VK-Bundesausschusses, wenn über den Haushalt beraten wird. „Bundesverbandsarbeit muss der Bundesverband finanzieren“ ist dabei die einerseits richtige von der Basis formulierte Position. Dem gegenüber steht allerdings die Tatsache, dass die Anforderungen an den Bundesverband einerseits gestiegen, die zur Verfügung stehenden Mittel aber gleich geblieben sind (und sich der Beitragsverteilungsschlüssel für die Aufteilung auf Gruppen, Landesverbände und Gruppen nicht geändert hat). So müssen z.B. die Mitgliederzeitung ***ZivilCourage*** (Gesamthaushalt für Druck, Versand und Redaktionsarbeit für 6 Ausgaben 45.000 Euro), die Arbeit in bundesweiten und internationalen Zusammenhängen (ca. 11.000 Euro) und die Aktivitäten des politischen Geschäftsführers (30.000 Euro Bruttogehalt + 10.000 Euro Handlungskosten) allein aus dem Bundeshauhalt finanziert werden, obwohl diese eigentlich dem gesamten Verband und damit auch den Gliederungen zugute kommen. Unter diesen Bedingungen kann der Bundesausschuss leider nicht alle beantragten Projekte in der gewünschten Höhe finanzieren. Eine Ko-Finanzierung aus anderen Gliederungen ist fast überall nötig. Dabei stehen auf Grund der aktuellen politischen Entwicklungen Projekte wie die Aktivitäten im Rahmen der Plattform „Schritte zur Abrüstung“ (Stichworte dabei: Atomwaffen, Auslandseinsätze, Afghanistan, Rüstungsexporte ...), zum evangelischen Kirchentag, zu den Protesten zum Nato-Gipfel, zur Unterstützung aussteigewilliger US-Soldaten, zur Begleitung des Jubiläums von Heckler & Koch, zum Bertha-von-Suttner-Preis ... mit dringenden Notwendigkeiten auf der Tagesordnung.

Als Ergebnis bleibt:

- Nur wenn wir wieder (und weiter) aktiv Mitgliederwerbung machen, werden wir als Verband handlungsfähig bleiben. Mitgliederwerbung ist dabei nicht nur die gute und engagierte friedenspolitische Arbeit, sondern auch das Ansprechen von Personen, unsere Grundsatzerklärung zu unterschreiben, Mitglied zu werden, um unsere friedenspolitische Arbeit organisatorisch und finanziell zu stärken.
- Nur wenn wir die Ressourcen des Verbandes auch gemeinsam nutzen können, gewährleisten wir ein einheitliches und starkes Auftreten in der Öffentlichkeit.

Deshalb:

- Sprich darüber, dass du Mitglied der DFG-VK bist! Überzeuge mit deiner Kompetenz und deinem Engagement und leiste so einen Beitrag dazu, dass unser Verband bis zum Bundeskongress im Oktober 2009 die Zahl seiner Mitglieder von aktuell 4.350 auf 5.555 erhöht.
- Prüft in den Gruppen und Landesverbänden, wie ihr die gemeinsam Arbeit der DFG-VK bundesweit unterstützen könnt.

Das Spendenkonto der DFG-VK (gern auch mit konkretem Verwendungszweck): Bank für Sozialwirtschaft Köln, Konto 830 46 01, BLZ 370 205 00

Monty Schädel ist DFG-VK-Bundesgeschäftsführer (Tel. 0177-8871014, eMail schaedel@dfg-vk.de). ZC

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 830004600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370205 00

DFG-VK

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Warum ich in die DFG-VK eingetreten bin

Foto: privat

Angesichts der immer militaristischeren Außenpolitik Deutschlands ist es wichtig, dass die Friedensbewegung noch stärker als bisher präsent ist. Aus diesem Grund bin ich Mitglied in der DFG-VK geworden, da sie als größte pazifistische Organisation Deutschlands mit ihren zahlreichen Gruppen in vielen Orten einen unverzichtbaren Beitrag für die Mobilisierung gegen Militarismus und Krieg leistet.

Jürgen Wagner ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) und seit letzten November Mitglied der DFG-VK.

Fachtagung
am 9. Mai 2009, 10 - 16.30 Uhr in Maintal (bei Frankfurt/Main)

60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre KDV-Grundrecht, 53 Jahre Wehrpflicht – und (k)ein bisschen Frieden?!

Vortrag von Wolfgang Kaleck zum Tagungsthema und vier Arbeitsgruppen:

Nach 60 Jahren Kriegsdienstverweigerungsrecht empfiehlt es sich ...

... die Beratung von KDVern wieder deutlich an der grundsätzlichen Frage von Krieg und Frieden zu orientieren;

... KDVer aus Kriegsgebieten und zivile Friedensdienste stärker in den Blick zu nehmen;

... sich auf die antimilitaristischen Elemente der Verfassung von 1949 zu besinnen;

... die Wehrpflicht abzuschaffen.

Weitere Informationen unter
www.zentralstelle-kdv.de

ZENTRALSTELLE KDV

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift ✘

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ
Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✘
Datum Unterschrift

ZivilCourage-Abo | POSTKARTE

Bitte mit 45 Cent frankieren

An die
ZivilCourage-Redaktion
Postfach 900843
21048 Hamburg

Bitte ausschneiden und auf eine Postkarte kleben

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Die pazifistische Grundsatzerklärung
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK